

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen

kosten bis sechsgehaltene Zeile resp. deren Raum 1.— Mk. Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Unterlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wismann, Bochum. Druck u. Verlag von Sandmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Die faulen Bergarbeiter.

Ihr undankbaren Knappen, sprecht, Ihr seid denn immer noch nicht recht? — Ihr seid doch jetzt o welche Lust, Der Bergmannsfreiheit euch bewußt, Braucht nach den Schichten nicht zu geh'n, Könnt ungefragt zum Schuppen geh'n So viel ihr wollt — es ist kein Wahn, Denn die Gewerkschaft ist „human“, Gibt Freiheit euch zur Ueberschicht, Zum Kohlenhau'n — drum mußt auch nicht, Zeigt dankbar euch vielmehr darum, Und macht den Buckel fleißig krumm, Damit (man hat ja, wie bekannt, Euch kürzlich arbeitsfaul genannt) Sich eure Leistung wieder hebt. — Seid emsiglich danach bestrebt, Schwelgt nicht auf Festen und Gelag, Macht Ueberschicht Tag für Tag — Das ist's ja, was den Bergmann ziert, Der sonst sogleich an Fleiß verliert, Wie es die „Kölnische Gazette“ (11) Von ihm geschrieben hat so nett, Besorgt in ihrer Christlichkeit, Daß er dem Nichtstun sich geweiht, (Der arme, hartgequälte Sauch) Wie's bei gewissen Leuten Brauch. — Und nun, ihr Knappen, habet acht, Wie ihr die Uganwendung macht: „Zum Teufel mit der Ueberschicht! Die uns die Knochen müht und bricht, Den Lohn verkürzt und Arbeitsnot Uns schafft und allzufrühen Tod. — Den Heuchlern aber, die so nett Den Fleiß uns stärkten, machen's weht Wir wiederum durch Gegengunst. — Wir kennen ihren Freundschaftsunst: Verleumdung, Lüge und Verrat Am Arbeitsmann durch Wort und Tat Und was dergleichen schöne Sachen — Sie mögen nur so weiter machen.“ —

K. K.

Das Blutmeer steigt immerfort! Bergmann schütze dich selbst!

Das Bergarbeiterschutzesgesetz ist im Dreiklassenparlament verhunzt worden, es gibt den schutzbedürftigen Knappen Steine statt Brot. Nicht beschützt, sondern beschimpft hat die Gelbsackschutztruppe im preussischen Unterparlament den Bergmann. Mit Spott, Spott und Schimpf hat sie auf den Schrei nach Gerechtigkeit und Lebensschutz geantwortet. Zu Fäulnis, Simulanten- und Betrügern hat man die schweigstriefenden Vergleute gestempelt. Und wer der kapitalistischen Preßenteile entgegen- trat, der mußte sich gefallen lassen, mit infamen Verleumdungen über- schüttet zu werden. Jedoch noch immer sind diejenigen von den „Fortschritten“ und ihren Trabanten gesteinigt worden, die für das Recht der Niedergedrückten eintreten. Deswegen rechnet es sich der Bergarbeiterverband zur höchsten Ehre an, seit seinem Bestehen Gegenstand der heftigsten Angriffe, der hinterlistigsten, gemeinsten Ver- leumdungen gewesen zu sein. Würde unsere Organisation von den „Fortschritten“ und den geheimen Bechensfreunden gelobt, so wäre das ein sehr schmeichelhaftes Zeugnis für den Verband. Weil gerade der Berg- arbeiterverband so beispiellos niederträchtig be- kämpft wird, wissen wir, der Verband befindet sich auf dem Wege, den eine gewerkschaftliche Arbeiter- organisation beschreiten muß, wenn sie Arbeiter- interessen vertreten will.

In den Bergwerkstreikern streiten sich die Arbeitsbrüder über den Unterschied der Weltanschauungen. Und während sie sich streiten, fordert der Tod im Betriebe immer größere Opfer, bedeckt sich das industrielle Schlachtfeld mit immer mehr Krüppeln und Leichen. Die Frage nach „Weltanschauungen“, das geschwätzte und verkrüppelt Kinder und Rechte, Katholiken und Protestanten, Gottgläubige und Gottesleugner. Unter fürgerendem Gestein haucht blutend sein Leben aus der Verbändler wie der Gewerkschaftler, der „Reichstrecke“ wie der „Wasserlandschaft“, der Reichsbentische und Oesterreicher wie der Pole, Litwaken und Italiener. Was fragt der ausbeutende Kapitalismus nach der „Weltanschauung“ der Arbeitsmenschen, die in die Tiefe geschickt werden, um den Mammon des Kapitalisten zu mehren, und im Schachte zu sterben? Entsetzliches Los, wenn man dabei bedenkt, wie viele vor dem Verderben behütet werden könnten — wäre der Streit um die sogenannte „Weltanschauung“ nicht.

Ihren 20. Jahresbericht gibt die deutsche Knappschaftsberufsgenossen- schaft soeben heraus. Auf 20 Jahre Unfallzählung können wir jetzt zurückblicken, aus 20 Jahren liegen nun die Zeugnisse für unseren so- genannten „Bergarbeiterschutz“ vor. Was ist erreicht? Der Blutstrom steigt immerfort!

Von 1888 bis inklusive 1905 berichtet die Knappschaftsberufsgenossen- schaft über

336 623 angemeldete Unfälle!

81 527 Verunglückte!!!

30 732 Getötete!!!

Ein Meer von Blut und Tränen: Jährlich über 1000 Verkrüppelte, die „entschädigt“ werden, jährlich über 1000 Bergarbeiterleichen!!!

Der Eingelunfall wird kaum noch beachtet, gedankenlos berichtet die Tagespresse, auf dieser oder jener Grube sei ein Arbeiter getötet worden. Der Leser, gewöhnt daran, übersteht oft genug die unscheinbare Notiz. Aber wenn das Jahr herum ist, haben sich die Fälle summiert, es sind über 1000 Getötete gemordet!

Unausführlich ist der Blutstrom angeschwollen, ein Riesenberg zer- schmetterter Arbeiterknochen und Arbeiterleichen türmt sich auf. Der amtliche Bericht sagt darüber: Es ereigneten sich in der deutschen Bergbauindustrie:

Unfälle insgesamt angemeldet		Entschädigte Unfälle	
überhaupt		überhaupt	schwere
auf 1000 Arbeiter		pro 1000 Arbeiter	
1888	22 497	65,45	878
1895	40 818	94,28	938
1900	58 471	108,48	1198
1905	81 871	120,45	1285

Es waren 1888 in der Knappschaftsberufsgenossenschaft 343 701 Arbeiter und Arbeiterinnen versichert, im Jahre 1905 sind es 647 458 gewesen. Die Arbeiterzahl hat sich nicht einmal ver- doppelt, die Zahl der Unfälle hat sich fast ver- vierfacht!!! Prozentual gerechnet kamen 1905 mehr als doppelt so viel schwere und tödliche Unglücksfälle vor wie 1888. Und immerfort ertönt der Hohnsänger über „unser vortreffliche, unerreichte bestehende Berginspektion“, hören wir den Gesang von dem „Rande der Sozial- reform“, lesen wir die Scharfmacherartikel gegen die „berufsmäßigen Geher“. Aber die Massengräber in den Grubenbezirken zeugen mächtig gegen unser Bergbausystem und seine Verteiliger!

Wie sich die „versicherten“ Arbeiter und die Unfälle auf die einzelnen Bezirke (Unfallsektionen) verteilen, geht aus nachstehender Tabelle hervor:

1888		1905	
Sektion:		Sektion:	
Bevölkerung	Darunter erlitten Unfälle	Bevölkerung	Darunter erlitten Unfälle
Bochum	85 806	8 501	00,07
Witten	108 281	18 158	11,10
Klausthal	14 792	684	44,89
Salze	61 351	3 079	50,97
Waldenburg	21 000	2 495	118,81
Tarnowitz	92 942	5 487	87,18
Smidau	28 985	4 805	148,68
München	8 205	818	99,70

zusammen 440 842 44 105 98,81 647 458 81 871 126,45

Ueberra hat unser beherrschender Bergarbeiterschutz versagt, in allen Sektionen nahmen die Verunglückungen zu. Obgleich im Ruhrgebiet 200 000 Vergleute wochenlang streikten und die Gruben still lagen, ist die Zahl der gemeldeten Unfälle (ganz Deutschland) von 80 204 in 1904 auf 81 871 in 1905 gestiegen. Wäre der Streik nicht gewesen, die Unfall- ziffer stände noch um einige tausend höher.

Die meisten Unfälle sind Samstag vorgekommen, nämlich 1905: 18 932, von 1884—1905: 117 957, also am Wochenschluß, wenn durch die lange Schufterei und viele Ueber- stunden der Körper erschläft, der Geist abgestumpft war! Das Uebersichtswesen wirkt also auch mörderisch!!! Außerdem brückt es die Löhne und Bedinge herab! Kameraden, bedenkt, daß ihr noch länger für eure Familien leben müßt, wie ein paar Jahre, zerstückt euch doch nicht so fürchterlich Leben und Gesundheit durch das Uebersichtswesen. Was habt ihr am Jahreschluß, wenn ihr monatlich 30—40 Schichten verfehlet? Oft genug weniger wie die- jenigen, die nur ihre regelmäßigen Schichten machten. Arm wie Giob bleibt ihr, auch wenn ihr noch so viel Uebersichten verfehlet.

Mitgeteilt ist auch, wie sich auf die einzelnen Betriebsarten Arbeiter und Unfälle verteilten pro 1905:

Betriebsart	Bevölkerung	Darunter erlitten Unfälle	Unfälle pro 1000 Arbeiter
Steinkohlenbergbau	474 916	69 564	146,48
Braunkohlenbergbau	58 022	5 405	91,78
Erzgruben und Metallhütten	79 801	4 055	53,33
Salzbergbau und Salinen	20 444	1 982	74,19
Andere Mineralgewinnungen	7 875	285	36,4

Der Steinkohlenbergbau erfordert die meisten Menschenopfer, in den Steinkohlenbezirken plagen sich ja auch die betörten Kameraden am eifrigsten, die „richtige Weltanschauung“ zu entdecken. Der Kapitalismus stört sich nicht an theoretische Klugeleien über „Weltanschauungen“, er beutet alle Lohnslaven aus, alle müssen ihm den blutigen Tribut darbringen.

Unzählige Unglücksfälle geschehen nicht, wenn der „Kampf um die Weltanschauung“ in der Arbeiterschaft ein Ende nimmt, an dessen Stelle ein entschlossener Kampf der geeinigten Vergleute gegen den gemeinfamen Feind, den Kapitalismus geführt wird. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft teilt auch mit, es seien von 100 „entschädigten“ Unfällen entstanden infolge:

Schuld der Arbeiter	1896	1905
Gefährlichkeit und Mängel des Betriebes	41,26	30,59
	58,74	69,41

Die Betriebszustände werden immer gefährlicher, die Arbeiterschaft beobachtet stets sorgfältiger die Unfallverhütungsvorschriften. Wollten nur die Arbeitermassen einsehen, daß sie durch opferwillige Einigkeit die Verhältnisse zu Vertriebsreformen zwingen können, sehr bald würde die Selbsthilfe der Kameradschaft den Blutstrom zum Weichen gedrückt haben. Von der Bergbehörde ist dieses Resultat nicht mehr zu erwarten, 20 Jahre deutscher Berginspektion haben diese Hoffnung zu Grabe getragen. Von den Kapitalisten erwarten, sie würden aus eigenem Antrieb die Betriebsmethode im arbeiterschützenden Sinne reformieren, heißt noch dummer sein, wie die Polizei erlaubt. Kameraden, täuscht euch nicht, helft euch selbst durch eine mächtige gewerkschaftliche Organisation, ein besseres Hilfsmittel gibt es gegen das mörderische Grubenausbeutungs- system nicht.

Kameraden, täuscht euch nicht über die Zukunft, laßt euch nicht täuschen. Mächtiger haßt sich die kapitalistische Gewalt in immer weniger Händen zusammen, über die von ihm vernichteten Kleinbetriebe schreiet der Monopolkapitalist seinem Ziele zu: Anhäufung der wirtschaft- lichen Macht, Unterjochung von Menschen, Gemeinden und Staaten, Errichtung eines absoluten kapitalistischen Monopols, dem Humanität, Christentum und Arbeiterfürsorge nur leere Worte sind. Ist heute schon das Massengrab ein Kennzeichen der Bergbaubezirk, zukünftig wird der Blutstrom im Bergbau noch gewaltig höher an- schwellen, wenn nicht endlich dem betörten Arbeiter die Binde von den Augen fällt. Über 20 000 getötete Vergleute, 18 525 Witwen, 30 873 Waisen sind das entsetzliche Resultat des deutschen Bergbau- betriebes seit 1888! Jeder Tag entzweit neue Waisen ihren Ehefrauen, jeder Tag entzweit mehr Söhne ihren Eltern, jeder Tag schafft neue Waisen! Blut und Tränen bezeichnen den Weg des Bergarbeiters, tausende und abertausende Getötete und Verkrüppelte laßt die Kamerad- schaft alljährlich auf dem Schlachtfeld des Bergbaues zurück! Heute schon oder morgen kann der Kamerad sein armseliges Leben auskaufen unter brechendem Gestein, im rasenden Wettlaufe der maschinellen Förderung. Und da sollte es noch ein Bestimmen geben, was zu tun ist, um der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen?

Täuscht euch nicht, Kameraden, laßt euch nicht täuschen über die gequälten Hilfsmittel. Es gibt keine andere Hilfe als die Selbsthilfe! Es gibt nichts schlimmeres als Laueheit, Gleichmut, Organisationsunlust und den Streik um Kaisers Bart, genannt „Weltanschauung“. Es fällt keinem Kameraden das Bild in den Schoß, er muß erst opfern, wenn er ernten will. Millionen Mark bringen die Bechensfreier auf an Synkats. (Verbands) Beiträgen zwecks gegenseitiger Unterstützung. Alle diese Millionen schneidet der Bergmann heraus — für die Synkats- kasse der Bechensherren. Da ist es nicht zuviel verlangt, sondern nur gerecht und billig, daß der Bergarbeiter auch die paar Pfennige Beitrag in die eigene Verbandskasse, für die Förderung der eigenen Interessen entrichtet. Täuscht euch nicht, Kameraden, laßt euch nicht von euren schlimmsten Feinden täuschen, sondern hört was wir euch sagen: Es gibt keine andere Hilfe gegen das mörderische Vertriebsystem als die Selbsthilfe! Euer Magen wird verkrüppelt, euer Jammer wird verhöhnt, die Tränen der Witwen und Waisen fließen vergeblich. Helft euch selbst, gewinnt die Mächtigsten, Be- schimpften und trotzdem noch Gleichgültigen für den Bergarbeiterverband. Ein mächtiger Bergarbeiterverband ist die Rettung des Bergarbeiterstandes.

Aus der britischen Gewerkschaftsbewegung.

Nach dem vom englischen Arbeitsamt herausgegebenen 15. Bericht bestanden in England im Jahre 1904 nicht weniger als 1148 Gewerkschaften mit 1 866 755 Mitgliedern. Der amtliche Bericht selbst erscheint leider so spät, daß er bedeutend an Wert verlieren muß, gestalten sich doch die Dinge in der Gewerkschaftsbewegung oft so, daß der Zusammenhang der Bewegung mit den jeweilig wirtschaftlich-politischen Situationen ganz bedeutende Verschiebungen erleiden müssen. Die gegenwärtige, besser gesagt die schon seit einigen Jahren andauernde gute Geschäftskonjunktur hat auch die englische Industrie erfasst, soweit es sich feststellen läßt, vom Jahre 1904 ab. Wir hätten also die statistischen Nachweisungen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Depression in England von 1904 mit aufzufassen. Die Größe wie das Alter, besonders aber die inneren Einrichtungen der englischen Gewerkschaften lassen viel leichter den Einfluß wirtschaftlicher Wandlungen auf die Gewerkschaftswelt erkennen, als anderswo. Unsere Freunde in England hätten darum alle Ursache, die hier in Frage kommenden statistischen Feststellungen mehr als bisher zu pflegen, womöglich sie aber beschleunigen zu lassen. Ferner sei hier festgestellt, daß der amtliche Bericht, soweit die detaillierte Statistik in Frage kommt, sich nur mit dem Massengedächtnis von 100 Gewerkschaften befaßt, wenn dieselben schließlich auch 1 127 529 Mitglieder repräsen- tieren, d. i. 60 Prozent der Gesamtzahl der Gewerkschaftler.

Unter den Gewerkschaften, von denen eine detaillierte Statistik nicht wiedergegeben wird, befindet sich auch die Wallische Berg- arbeiterföderation mit 117 094 Mitgliedern (Ende 1904), da es nicht möglich war, die Nachenschaftsberichte einer Anzahl lokaler Vereine zu erlangen. Trotzdem man dieser Föderation einen festgelegten Charakter zuspricht, zeigt sich eine solch unverantwortliche Nachlässigkeit. Andere Gründe für dieses Zurückhalten können doch wohl leicht gefunden werden.

Die uns vorliegenden statistischen Tabellen reichen bis zum Jahre 1895 zurück. Von da ab bis zum Jahre 1901 erlebte die englische Gewerkschaftsbewegung einen ständigen Mitgliederzuwachs. Betrug im Jahre 1895 der Mitgliederbestand 1 415 846, so stieg derselbe auf 1 940 874 im Jahre 1901, dann sank er 1902 auf 1 926 617, 1903 auf 1 904 560, 1904 auf 1 866 755, in vier Jahren also um 74 119 Mitglieder oder 3,8 Prozent. Von diesem Rückgang wurden betroffen 632 Gewerkschaften. Gewinn an Mitgliedern hatten 393 und gleiche Mitgliederzahl 49 Gewerkschaften. Es ist interessant festzuhalten, wie sich in gleicher Zeit die deutschen Gewerkschaften entwickelten. Hier waren vorhanden 1895 269 175, 1901 677 510, 1902 733 206, 1903 877 698 und 1904 1 052 108 Mitglieder. Während die englischen Gewerkschaften an Mitglieder- stärke verloren, nahmen die deutschen Gewerkschaften kräftig an Mitgliedern zu. Betrug der Mitgliederstand Ende 1905 1 429 303, so dürfte er heute auf über 1 1/2 Millionen gestiegen sein. Und das auch nur, soweit die freien Gewerkschaften in Frage kommen. Zugewand waren in den sechs Gruppen der Gewerkschaftsverbände Deutschlands 1904 1 466 625 Arbeiter und 1905 1 822 243 Arbeiter organisiert, d. i. eine Zunahme von 355 718. Falls die eng- lische Gewerkschaftsbewegung seit 1904 nicht ganz bedeutende Fortschritte zu verzeichnen hatte, dürften z. B. die Arbeiterorganisationen beider Länder, die gleiche Mitgliederzahl aufweisen. Das ist ein Erfolg, wie ihn sich nur wenige bei uns vorzustellen haben. Nicht lange

und die deutschen Arbeiter werden gewerkschaftlich zu jener Bedeutung in der Welt gelangen, wie sie diese politische heute schon besitzen. Vergessen darf nicht werden, daß die deutschen Gewerkschaften gegenüber denen in England ausdehnungsfähiger sind, da schon allein die Bevölkerungsgröße hier und sich bedeutend im Vordringen befindet. Nur einmal seit dem Jahre 1895 hatten die deutschen Gewerkschaften Verluste, und zwar 1901. Gegen das Vorjahr zählt man hier gegen 8000 Mitglieder weniger, die Gewerkschaften in England dagegen gegen 10000 Mitglieder mehr. Auch nicht geringe Verluste an dem Mitgliederbestand der deutschen Gewerkschaften sind in England, wie schon obige Biffer bezeugen.

Die übliche Mitgliederzahl der 100 englischen Gewerkschaften 1904 = 6,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. In der Textilbranche waren hiervon allein 109/89 = 87,8 Prozent der weiblichen Mitglieder herkömmlich.

Das Kassengeld der 100 Gewerkschaften, die die detaillierten amtliche Statistik umfaßt, zeigt ein günstigeres Bild. Es äußert sich folgendermaßen:

Jahr	Mitgliederzahl	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen
1896	907 498	1 541 573 (Str.)	1 877 862 (Str.)	1 711 788 (Str.)
1901	1 115 181	2 081 078	1 881 618	4 098 816
1903	1 152 884	2 077 840	1 790 975	4 879 981
1904	1 189 559	2 086 539	1 905 585	4 880 925
1904	1 187 529	2 097 440	2 042 165	4 816 280

Pro Mitglied wurden (nach deutschem Geld) eingenommen 1904 rund 87 Mtl. gegen 88 Mtl. rund im Jahre 1896. Im gleichen Zeitraum liegen die Ausgaben von rund 80 auf 88 Mark und das Vermögen von rund 87 auf 81 Mtl. pro Kopf der Mitgliedschaft. Der Mitgliederzuwachs hat, wie wir aus obiger Feststellung erkennen, eine finanzielle Schwächung der englischen Gewerkschaften nicht herbeigeführt.

In den zehn Jahren 1895/1904 verausgabten die 100 Gewerkschaften 18 000 000 Pfund Sterling. Für Streikunterstützung wurden in diesem Zeitraum 2 843 000 Pfund Sterling verausgabt, 3 608 000 Pfund Sterling für Arbeitslosenunterstützung, 6 658 000 Pfund Sterling für Krankenunterstützung, Unfall-, Altersversicherung, Sterbegeld usw. Für Verwaltung und Agitation wurden 3 451 000 Pfund Sterling verausgabt. Es kann unsere Aufgabe nicht sein, einer Detailstatistik dieser Ausgaben hier das Wort zu reden. Daß die englischen Arbeiterverbände in zehn Jahren über 327 Mill. Mtl. ausgeben konnten, darunter für Streiks allein gegen 48 Mill. Mtl., beweist, daß die englischen Gewerkschaften mehr wie in anderen Ländern den Arbeitern einen tüchtigen Rückhalt bieten. Mehr als 94 Millionen Mtl. Vermögen bieten den englischen Gewerkschaftlern auch weiterhin mehr wie anderswo Schutz vor wirtschaftlichen Bedrohungen.

Was englische Bergarbeiter zu ihrem Schutz zusammengetragen haben, ist von uns schon in einem Artikel (Siehe Englische Bergarbeiterverhältnisse, Nr. 27 vom 7. Juli 1906) dargelegt worden.

II.

Wiesack ist in den deutschen Arbeiterkreisen heute noch die Ansicht vorhanden, die englischen Gewerkschaften seien „Schlichter“, hielten sich von jeder Politik fern, seien weder Klassenkämpfer noch sonstige Kämpfer. Andere hingegen fanden in der Taktik der englischen Gewerkschaften die „befreiende Tat“ und nannten sie vorbildlich für die deutschen Arbeiter. Folgt den Prinzipien englischer Arbeiter! Und so entstanden den freien Gewerkschaften Deutschlands noch in den letzten Jahren Gegenorganisationen — die christlichen Gewerkschaften. Aber was war's? Die Zeit hat gelehrt, daß weder die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer noch die schon vor Jahrzehnten nach „englischem Muster“ gegründeten Gewerkschaften Hirsch-Duncker'scher Richtung den Geist der englischen Gewerkschaften aufzufassen vermochten. Die Geschichte und das innere Wesen der englischen Gewerkschaften, ihre Klassenkämpfe, sind den deutschen Parteipolitikern entweder fremd geblieben, oder sie wollten sie nicht verstehen. Für die Parteipolitik war es genug, daß die englischen Arbeiter sich politisch der Selbstständigkeit entziehen und in ihren Gewerkschaften ihr vornehmstes wirtschaftliches Schutzmittel suchten.

Aber die deutschen Herrschaften vergessen, daß innerhalb der letzten Jahrzehnte Englands Politik nicht darauf hinausging, seine Arbeiter nach allen Regeln der Kunst zu knebeln und zu bevormunden. Englands Politik suchte nicht seine Opfer unter den Arbeitern, schätzte sie nicht ständig mit der Hungerperle und beantwortete nicht die Gegenwehr der Arbeiter mit schweren Gefängnisstrafen. Keine Polizei und Behörde suchte ihre vornehmste Aufgabe darin, der kämpfenden Arbeiterkraft ständig Anstöße zu geben, die sie zu werfen. Um so etwas in England zu suchen, muß man schon auf viele Jahrzehnte zurückgreifen. Wie sieht es hiermit aber in Deutschland aus?

Gäßen die englischen Arbeiter in gleicher Weise unter der politischen wie wirtschaftlichen Bevormundung und Bedrückung, wie die deutschen Arbeiter heute noch, leben müssen, sicher stände, die englischen Arbeiter hätten „ihre“ politische Vertretung schon längst zu Paaren aus dem Parlament getrieben. In dieser Beziehung könnten sie unseren christlichen und Hirsch-Duncker'schen Arbeitern ein Vorbild sein. Parteien, die das Parlament ausnützen, um ihre Vorteile auf das arbeitende Volk besser zu bewerkstelligen, die einzig nur besteht, die Kosten auf die Armen abzuwälzen, sich selbst aber als Zugewinn der besitzenden Klasse vor jeder Belastung drücken, solche Parteien finden nicht den Anklang bei den englischen Arbeitern, wie es bei uns leider noch der Fall ist. Am allerwenigsten lassen sich die englischen Arbeiter obendrein noch verhöhnen und verspotten, spielen nicht das Schimulch gewissensloser Drahtzieher.

Und trotzdem haben die englischen Arbeiter auch den Weg der politischen Selbstständigkeit gefunden. Wie es gekommen, mag an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden, es genügt, festzustellen, wie sich die englischen Gewerkschaften immer mehr und mehr auf ihre Klasse besinnen. Die Befreiung der arbeitenden Klasse kann nur das Werk der arbeitenden Klasse sein. Dieser Grundsatz ist es, der zu Hunderttausenden auch die englischen Arbeiter auf den politischen Kampfbühnen rufen. Mehr noch, die englischen Gewerkschaften nehmen zu politischen wie parlamentarischen Fragen hier und dort eine solche Stellung ein, daß es gewissen „Arbeiterfreunden“ und Vorkämpfern englischer Gewerkschaftstaktik Angst und Bange werden muß. Deutsche Arbeiterverbände sollten sich so etwas herausnehmen und das Gehül ihrer Bekämpfer hätte überhaupt nicht mehr auf.

Die parlamentarische Aktion der englischen Arbeiter wird für die weitere Entwicklung des Gewerkschaftslebens gewiß von großer Bedeutung sein. Sie hat schon im Jahre 1900 zur Gründung einer selbstständigen Arbeiterpartei geführt und diese ist auch dazu bestimmt worden, die Forderungen und Wünsche der englischen Gewerkschaften vor dem Parlament wie nach jeder Richtung hin zu vertreten. Bisher wurde die Vertretung sorglos den bürgerlichen Parteien, denen viele Arbeiter im Parlament angehören, allein überlassen und erst als man es wagte, auch in England den Gewerkschaften gewisse Dankschreiben anzulegen, wurde es anders. Das Vorgehen der englischen Gewerkschaften hat denn auch bis heute die Stellungnahme der Regierung den Parteien als den Gewerkschaften gegenüber nicht wenig beeinflusst.

Welche Wandlungen sich innerhalb des Gewerkschaftslebens Englands vollzogen, beweist auch der 39. Kongreß der Trades Unions, der am 3. Septbr. d. J. in Liverpool eröffnet wurde. Dieser Kongreß war von 491 Delegierten einschl. 30 Abgeordneten besetzt. Am zweiten Kongreßtag hielt der alte Gewerkschafts-Cumming

die übliche programmatische Rede, die wir unseren Lesern nicht vorzulegen haben. Cummings sagte u. a.:

Der 39. Kongreß steht in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung einigartig da. Unter den Delegierten finden sich nicht weniger als 30 Parlamentarierabgeordnete, darunter einer, der Titel Knight Donorale. Dieser Minister ist auch dem Bergarbeiterkongreß durch den liberalen Regierung verleiht. Wir sind dem vorjährigen Kongreß in Sankey zusammengetrafen, der nach einer gewerkschaftsfeindlichen Regierung am Abend. Das Rab des Christlichen Staates um wir warteten mit Ungeduld auf den Tag der Abrechnung, um ins Parlament eine starke Zahl von selbstständigen Arbeiterabgeordneten zu schicken, die über die Zukunft der arbeitenden Klassen in den Kampf für die gerechten Forderungen der Arbeiter einzutreten sollten. In Anfang des Jahres wurde die Schlacht geschlagen; unsere Gegner lehrten in so geschwächter Zahl ins Parlament zurück, daß sie uns nicht mehr ernst schaden können. Abgesehen von ihren traditionellen liberalen Gegnern fanden sich die Unionisten (Konservern) mehr als 50 Arbeiterabgeordnete gegenüber. England war einigermassen über den politischen Ausschweifung der Arbeiterpartei überläßt, aber es war keine Überraschung für diejenigen, die seit Jahren für die Sache der Arbeiter gekämpft haben. Wie die Trades-Unionen in der Lage der Arbeiterpartei die hervorstechendste Charakteristik ist der Sieg der liberalen Partei, in deren Reihen sich viele Arbeiterfreunde befinden, und von der man erwartete, daß sie uns gegenüber gerechter sein werde als die konservative Partei. Ich werde mich nicht mit dem Verhältnis der beiden Arbeiterparteien beschäftigen. (Cumming verweist darauf, daß die selbstständige Arbeiterpartei, sowie die etliche 20 liberalen Arbeiterabgeordneten, die keine Partei bilden, da sie mit den Liberalen gehen, sich aber doch eine Partei nennen.) Wir werden uns abmühen, die Einheit der Arbeiterbewegung hochzuhalten. Sie können sich darauf verlassen, die Arbeiter wird es nicht gelassen, daß man sie durch kleinliche Intrigen spalten, und sie wird jedem die Tür weisen, der seine hässliche Antipathie höher stellt, als den Kampf der Arbeiter um die Befreiung.

Wir freuen uns, daß die Regierung eine Gewerkschaftsvorlage und eine Novelle zum Unfallgesetz eingebracht hat. Die zuerst eingebrachte Gewerkschaftsvorlage war eine Enttäuschung, da sie die Fonds nicht ganz schloß. Aber die Trades-Unionisten waren entschlossen, den Kampf bis zum bitteren Ende zu führen. Wir wollten nur, daß unsere Fonds ebenso unangreifbar sein sollten, wie die der Unternehmer. Die Regierung gab nach. Wir erkennen ihre guten Absichten an, aber es wäre doch besser gewesen, sich von Anfang an ins Unvermeidliche zu fügen.

Das wachsende Unbehagen der Arbeiterschaft erfordert die frühzeitige und erste Aufmerksamkeit, sowohl im Interesse der Arbeiterschaft, wie in dem der ganzen Nation. Die fortgesetzte Zunahme der Anwendung von Maschinen, der wissenschaftlichen Fortschritte und der Geschwindigkeit der Arbeiter erschweren und vergrößern die Warenproduktion. Von Jahr zu Jahr verringert sich die Arbeitszeit, die zur Herstellung einer Ware nötig ist, aber der Arbeitsstag der Arbeiter bleibt derselbe. Daraus entsteht Arbeitslosigkeit, ebenso Unfähigkeit für diejenigen, die beschäftigt sind. Das Resultat ist, daß das Jahreseinkommen der Arbeiter abnimmt zu einer Zeit, wo die Warenpreise ansteigen. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit sind vielfach; sie sind sowohl individuelle wie allgemeine; aber alle können zurückgeführt werden auf die Tatsache, daß der Grund und Boden sich im Privatbesitz befindet und daß die Erleichterung der Produktionsmethoden nur wenigen zugute kommen, die sie gegen die Interessen der Mehrheit ausbeuten. Es werden verschiedene Hilfsmittel gegen diese Unbehagen vorgeschlagen und angewendet; aber solange das Recht auf Arbeit für die Arbeitssuchenden nicht anerkannt und die Ausbildung und Regenerierung der Arbeitsfähigen oder Arbeitsunfähigen nicht in die Hand genommen wird, ist auf Besserung nicht zu hoffen.

Die Ernährung der Schulinder, die Bekleidung des Volkes, Alterspensionen, Bodenreform und andere Fragen sind von nationaler Bedeutung. Um aber diese Fragen in den Vordergrund der praktischen Politik zu stellen, müssen wir noch mehr Arbeiterabgeordnete im Parlament haben. Zu diesem Zwecke müssen wir auch eine Reform unserer veralteten Wahlsysteme drängen, da diese die Arbeiterpartei hemmen und zu großen Ungerechtigkeiten führen.

Wir freuen uns über die wachsende Einheit in den Reihen der wirtschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. Die wirtschaftliche und politische Aktion sind die beiden Hände der Arbeiterbewegung. Wir müssen beide Hände gebrauchen, wenn wir gute Arbeit schaffen wollen. Die Macht des Kapitals, wie sie in den großen Monopolen und Gesellschaften repräsentiert wird, und die so viele Tausende Arbeiterleben bedrückt, wächst von Jahr zu Jahr. Obwohl es einzelne Unternehmer gibt, die gute Menschen und eide Bürger sind, so ist doch das Kapital ein Ganzes ohne Seele und ohne Vaterlandsliebe, wo immer seine Interessen in Betracht kommen. Seine wachsende Macht ist eine Gefahr für das Gemeinwohl. Gegen solche Einflüsse gibt es kein besseres Kampfmittel als den wirtschaftlich-politischen Trades-Unionismus.

Was sagen die deutschen Lobpreis der „unpolitischen“ englischen Gewerkschaften zu der Rede eines Mannes, der kein Sozialdemokrat sein will? Cummings gehört als Sekretär der Reichsschmiede der alten gewerkschaftlichen Schule an, die sich mit den liberalen Ideen begnügen lassen. Jedoch zeigt auch diese Rede, wie man bereit ist, mit althergebrachten Anschauungen zu brechen.

Auch um die auswärtige Politik kümmern sich die Kongreßteilnehmer, galt doch die erste Arbeit des Kongresses eine Sympathierevolution mit dem russischen Volke. Diese Resolution hat folgenden Wortlaut:

Dieser Kongreß, der die organisierten Arbeiter Großbritanniens und Irlands vertritt, drückt seine herzlichste Sympathie mit dem russischen Volke aus in seinem tapferen Kampfe für politische und wirtschaftliche Freiheit. Wir bedauern tief den schrecklichen Verlust an Leben und die schrecklichen Leiden jenes unglücklichen Landes und hoffen, daß der Rat dem gegenwärtigen Zustand ein rasches Ende bereiten werde durch die Bewilligung der Forderungen des Volkes und durch die Gewährung eines aus dem Grundsatze der repräsentativen Regierung beruhenden Parlamentes.

Cummings begründete die Resolution. Es sei selbstverständlich, daß die englischen Gewerkschaften zu den Zuständen in Rußland Stellung nähmen. Er meinte dann u. a.:

„Obwohl uns die schrecklichen Kämpfe jenes unglücklichen Landes nicht überlassen, so gibt es keinen unter uns, der mit den dort angewendeten Methoden — Bomben und Attentaten — sympathisieren könnte.“

Die fromme Presse konstatiert diese Worte des Begründers der Resolution mit großer Genugtuung, verschweigt aber, daß der größte Teil der Kongreßteilnehmer sich gerade mit dieser Stelle aus Cummings Rede nicht zufriedengab. So führte z. B. Sexton, der Führer der Liverpooler Arbeiter aus:

„Vor unseren Augen wiederholt sich die alte Geschichte vom Befreiungskampfe eines in Sklaventum schmachenden Volkes. (Beifall.) Nach einem langen und ockerreichen Kampfe haben sich die Russen das Geburtsrecht jedes freien Bürgers erworben: sich selbst regieren zu dürfen. Aber plötzlich wurde dieser Sonnenstrahl, der den dunklen Pfad des russischen Volkes beleuchtete, in rauher Weise von den herrschenden Mächten Rußlands ausgelöscht. Unter solchen Umständen kann es nicht meine Aufgabe sein, nach Entschuldigungen für die Bombenattentate zu suchen. Das vergossene Blut fällt auf die Bureaucratie. (Beifall.) Die Arbeiter Englands würden eine ihrer heiligsten Pflichten vernachlässigen, wollten sie nicht mit ungewisser Stimme dem russischen Volke ihre aus tiefstem Herzen kommende Sympathie ausdrücken. Es lebe die Duma!“ (Großer Beifall.) Die Delegierten erhoben sich von den Sitzen, um einstimmige Billigung der Resolution zu bezeugen.

Unseren Kameraden ist ja bekannt, wie auch der internationale Kongreß der Bergarbeiter in London eine ähnliche Sympathierevolution für das von ihrer Bürgerfreiheit kämpfende russische Volk annahm. Sogar die deutsche christlichen Delegierten stimmten warmen Herzens dafür, was ihnen sicher nicht zur Unzehr gereichte, trotzdem man die Delegierten später zwang, Widerruf zu leisten. Wie die englischen Gewerkschaften ihre Resolution aufstufen, haben wir schon mehrfach festgestellt und auch die fromme Presse wird nicht in der Lage sein,

von dem Inhalt und Zweck der Resolution auch nur ein Zota wegzunehmen. Mehr noch, der Kongreß beschloß auch eine ähnliche, die russischen Arbeiter in ihrem Kampfe für die Freiheit durch Geldsammlungen bei den Gewerkschaften zu unterstützen. Wozu also der Varn?

Politisch stark anrüchig und mit der christlichen Weltanschauung fremder Zentrumsorgane wie christlicher Gewerkschaftsblätter nicht vereinbar, ist auch der von der Mehrheit des Kongresses genehmigte Grundsatze. Eine Gruppe und eine Politik im Parlament, d. h. auf gut deutsch: Verschmelzung der beiden Arbeitergruppen im Parlamente. Die Taktik der englischen Gewerkschaften läuft also nicht auf das Auseinandersplittieren heraus, wie es die Taktik der christlichen Gewerkschaften tut. Hierzu kommt die Annahme eines Antrages, der die Arbeiter auffordert, wo es ohne Schädigung der Interessen der arbeitenden Klasse vor sich gehen kann, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Und weiter empfehlen wir der Zentrumsgruppe ihren Lesern wiederzugeben, welche Stellung zu den internationalen Schiedsgerichten eingenommen wurde. Wir wüßten nicht, was man uns ins Stammbuch schreiben würde, wollten wir gleiche Ausführungen auf deutschen Gewerkschaftskongressen gegen die Schiedsgerichte, wie es in Liverpool geschah. Sollte nun tragaldien die fromme Presse mit dem Verlauf und Ausgang des Kongresses, wie auch mit der Stellungnahme der englischen Arbeiter in politischen Fragen anfrieden sein, so eruchen wir um gefällige Vellätigung und wir reden zusammen weiter. Wenn man sich mit dem Verhalten englischer Gewerkschaften aber nicht zufriedustellen kann, nun dann höre man auf, sich auf diese fortwährend zu berufen. Wir selbst gestehen ein, daß uns die Wandlungen der englischen Gewerkschaften nicht schmerzen.

Der Kongreß nahm, wie auch früher, Stellung zu einer ganzen Menge anderer Fragen. So sprach man einem engen Zusammenhänge aller großen englischen Arbeiterorganisationen das Wort. Ferner wurde mit geringer Mehrheit beschlossen, eine besondere Zeitschrift für die Gewerkschaften herauszugeben. Man wandte sich dann gegen die Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation und Genossenschaften. Einen der Hauptgegenstände der Beratung bildete die Frage der Errichtung von gewerblichen Schiedsgerichten. Obwohl sich warme Befürworter der Schiedsgerichte fanden, wurde der Antrag doch mit 938 000 gegen 641 000 Stimmen abgelehnt. Besonders der Bergarbeiterabgeordnete Grace-Wales sprach sich entschieden gegen die Annahme aus. Er sagte, die Bergarbeiter hätten, um bestimmte Lohnsätze zu erringen, gekämpft und gehungert und nach den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit seien die Bergarbeiter nicht geneigt, die Festsetzung eines Minimallohnes einem Schiedsgericht zu überlassen. Ein Schiedsgerichtshof würde eher dazu dienen, den Kapitalismus zu verewigen, als ihn zu zerstören.

In Deutschland herrscht in der Gewerkschaftswelt über die Schiedsgerichte ja eine andere Meinung. „Keine Gewerkschaftsvorlage kann uns befriedigen, die nicht das alte Gewerkschaftsrecht, wie es vor dem Taff-Wale-Entscheid existierte, wieder herstellt. Die kollektive Verantwortlichkeit muß in klarer Weise beseitigt werden, so daß den Juristen keine Gelegenheit gegeben wird, uns vor die Gerichte zu bringen.“ So die Auffassung des Kongresses über die Gewerkschaftsvorlage. Bekanntlich brachte der Taff-Wale-Entscheid mit sich, daß die Gewerkschaften für den Schaden bei Streiks haftbar gemacht wurden. Es kam zu Prozessen. Wenn auch schließlich diese Bedrohung der Arbeiterorganisationen aufhören sollte, so ist, wie wir sehen, nicht jede Befürchtung für die Wiederkehr solcher Maßregel ausgeschlossen.

Ferner wurden Resolutionen angenommen zu Gunsten der Erhöhung der Zahl der Gewerbeinspektoren, der Bekleidungsreform, des Achtstundentages, des obligatorischen Abwagens von gewissen Erzeugnissen, auch sollte den Unternehmern verboten werden, während eines Streiks den Arbeitern die Wohnung zu kündigen. Ausländische Arbeiter sollen nicht eher in Kohlenwerken beschäftigt werden, als bis sie die englische Sprache beherrschen. In der Begründung einer diesbezüglichen Resolution wurde erklärt, daß es sich dabei nicht um Vorurteile gegen ausländische Arbeiter handle; das einzige Motiv sei, die Sicherheit der Minenarbeit nicht gefährden zu lassen. Nachdem man Stellung zum Minimallohn genommen, diesen befristet und für Befristung von Akkordlöhnen in einzelnen Branchen gesprochen, nahm man auch Stellung zu der Einführung einer allgemeinen Altersbegrenzungskasse. Danach sollen alle englischen Staatsbürger im Alter von 60 Jahren den Anspruch auf eine Pension von mindestens 5 Schilling pro Woche haben. Die Kosten sind durch eine Reichseinkommensteuer aufzubringen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen. Sodann nahm der Kongreß Resolutionen an, die die Verstaatlichung der Eisenbahnen, Kanäle und Mineralische forderten. Außerdem wurde eine Reihe anderer mehr oder weniger wichtiger Anträge beraten.

Der Kongreß hat, wie wir sehen, eine reichhaltige Arbeit ertedigen gehabt, und wo sich auch Gewerkschaftsfreunde über den Kongreß aussprachen, geschah dies lobend, ja es ist ausgeprochen worden, daß der 39. Kongreß der Trades Unions nicht nur nach allen Seiten hin das erfreuliche Bild des Vorwärtstretens zeigte, sondern daß er seinen erhofften Eindruck nach außen hin nicht verfehlen wird. Wie lange noch und dem internationalen Unternehmertum entsteht in den englischen Gewerkschaften ein gefährdeter Gegner, wie er es bis jetzt den englischen Unternehmern war. Hierzu unser Glück auf!

Soziale Rechtspflege und Arbeiter-Versicherung.

Militarismus und Staatsbürgerrechte.

Ein wichtiges Urteil für Gewerkschaftler fällt das Oberkriegsgericht in Dresden. Der Landwehrmann von der 1. Kompanie des Leibgrenadierregiments Nr. 100 Reinhold Pöfist wurde vor dem Kriegsgericht wegen Ungehorsams zu vierzehn Tagen Mittelarrest verurteilt. Der Sachverhalt folgendermaßen: Auf dem Festungsbau in der Festung Döbeln, hatte am 5. April d. J. die Kontrollversammlung zu befehlen. Der Hauptmann a. D. Müller, der die Kontrolle leitete, machte die „Neute“ darauf aufmerksam, daß sie an diesem Tage unter den Militärgefehen ständen und sich jeder Beteiligung an Versammlungen zu enthalten hätten, wenn ihnen nicht ausdrücklich Genehmigung dazu erteilt worden sei. Der Angeklagte bestritt aber trotzdem eine für den Abend dieses Tages von der Reichsanwalt Bergarbeiterchaft einberufene Gewerkschaftsversammlung. Er wurde dort zum Vorwissen gewählt. Auf der Tagesordnung standen außer Gewerkschaftlichem noch Beratung der Statuten und Wahl eines provisorischen Vorstandes. Pöfist wurde außerdem auch zur Last gelegt, am Schluß zu recht zahlreicher Beteiligung an der Majorität aufzufordern zu haben. Da der Angeklagte auf Grund dieses Anklagepunktes nicht bestraft worden war, legte der Berichtsherr gegen das oben erwähnte Urteil Berufung ein. Durch den vom Angeklagten bewiesenen Ungehorsam sei eine Gefährdung der militärischen Disziplin und dadurch die Gefahr eines erheblichen Nachteils herbeigeführt worden. Die Strafe sei deshalb zu niedrig bemessen. Das Oberkriegsgericht als Berufungsinstantz erachtete indes den Nachweis, daß infolge des Ungehorsams ein erheblicher Nachteil nach der in der Berufung angeführten Richtung eingetreten sei, als nicht erbracht und verwarf deshalb die Berufung. Die 14 Tage Mittelarrest wurden als ausreichende Sühne des Frevels angesehen. Der deutsche Reichsbürger darf nach diesem Urteil der Militärjustiz am Tage, da er zur militärischen Kontrollversammlung verpflichtet ist, von einem ihm gesetzlich garantierten Versammlungs- und Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen! Der Militarismus verbietet es ihm auf Grund der Bestimmung, daß der Reservist und Landwehrmann am Tage der Kontrollversammlung unter den Militärgefehen steht. Die Kontrollversammlung, die für den Bürger ohnehin eine unangenehme Störung im Berufsleben bedeutet, dauert vielleicht eine Stunde. Die Unterstellung der Kontrollierten unter

die drakonischen Militärstrafen während dieser Zeit hat wenigstens eine gewisse Richtigkeit für sich. Welche unbilligen Gründe aber für die Unterwerfung unter die Militärstrafen für die übrigen Stunden des Tages betragt werden können, das ist vollständig unerfindlich. Auf Grund dieser Unbilligen Bestimmungen sind arme Teufel, die sich etwa einem gerechtfertigten Gedanken widerlegt haben — der preussische Weibarm ist Vorgesetzter des gemeinen Soldaten — mit drakonischen Strafen belegt worden. Und wie man aus dem oben angeführten Gerichtsprotokoll sieht, gibt diese Bestimmung der Militärbehörde die formelle Berechtigung, die Staatsbürgerrechte für den Tag der Kontrollversammlung den Reservisten und Landwehrleuten einzufrieren zu nehmen. Das ist ein Zustand, der eines mitleidigen Volkes unwürdig ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sollte bei der Beratung des Militärrechts energisch darauf dringen, daß solche Eingriffe des Militarismus in die Staatsbürgerrechte unterbleiben und ihm durch Revidierung der Bestimmungen über die Kontrollversammlung die gesetzliche Grundlage genommen wird.

Wieder ein Expropiationsurteil gegen Gewerkschaftsleiter. Der vergangen Frühjahr ausgefertigte Vollstreckungsbescheid der Mauerer in Rahlitz hat ein gerichtsliches Nachspiel hinterlassen, dessen Ausgang man mit Spannung entgegenseh. Während dieses Streites wurden die Vollstreckungsbescheide neu gebaut. Die Bauarbeiten hatte F. Jede übernommen. Da nun letzterer die Forderungen der Mauerer nicht bewilligt hatte und meistens Nichterfüllung am Rosenkranz beschäftigte, wurde im Gewerkschaftsprotokoll zu dieser Frage Stellung genommen. Da im Rosenkranz fast sämtliche Gewerkschaften vertreteten, das Streikbureau der Mauerer sich ebenfalls dort befand, wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, bestehend aus dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsprotokolls, Landtagsabgeordneter Horn und den Delegierten Frank und Seidel, die hierüber mit dem Bauereibesitzer wegen verhandeln und denselben ersuchen sollten, an diesem Bau nur organisierte Mauerer zu beschäftigen, da sein Lokal doch Gewerkschaftshaus sein sollte. Herr Degen betonte, daß dort 80 Prozent Arbeiter und nur 20 Prozent Bürgerliche verkehren. Er wolle deshalb nicht die Arbeiterchaft einbilden. Unmittelbar darauf ließ Herr Degen die Arbeiter am Rosenkranz einstellen und übergab die Bauarbeiten dem Bauunternehmer Frank, der den Bau vollendete. Diese Angelegenheit schien nun geregelt zu sein, als vor kurzer Zeit die drei Kommissionsmitglieder des Streikbureaus wegen Expropriation angeklagt wurden. Am Freitag fand die Verhandlung vor dem Landgericht in Altenburg statt, wo jeder der drei Delegierten zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Die Verurteilten wollten Verweisung einlegen. — Wenn diese Expropriationsurteile Schule machen, wird den Gewerkschaften nichts anderes übrig bleiben, als sofort, ohne jede Verhandlung Streiks oder Sperren zu verhängen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die glänzende Geschäftslage

Im Ruhrkohlenbergbau zeigt sich wieder ein rechtmäßiger Kohlenabsatz für den Monat August d. J. Wir stellen ihm den Kohlen-, Koks- und Beiztabelle von August 1905 gegenüber. Es betrug der Absatz an

	Kohlen	Koks	Beiztabelle
1905	5 198 008 T.	827 627 T.	108 211 T.
1906	5 606 580 "	1 057 890 "	225 500 "

Mehr 607 581 " 220 268 " 20 280 T.

Dabei wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Steigerung der Produktionsziffer weiter vor sich gehen wird. Die Hoffnung richtet sich auf den Herbst, wo man glaubt, die Arbeiterkalamität zu beheben. Rameaden, nützt die Zeit aus. Stärkt die Bergarbeitervereine!

Bergwerksgewinne. Die Carlortischen Bergwerke und chemischen Fabriken A.-G. weisen im Geschäftsjahr 1905/06 einen Bruttoüberschuss von 1 940 277,70 Mk. gegen 1 813 830,88 Mk. im Vorjahr auf. Die Geschäftsbilanzüberschüsse des „Hörscher Bergwerks“ und „Hüttenvereins“ weisen für die letzten Jahre folgende Zahlen auf:

Es betragen der Rohgewinn:			
1902/03	1903/04	1904/05	1905/06
4 108 156 Mk.	5 701 585 Mk.	6 407 676 Mk.	8 084 151 Mk.
Die Überschreibungen:			
2 600 118 Mk.	2 890 261 Mk.	3 029 859 Mk.	3 028 714 Mk.
Der Reingewinn:			
1 608 037 Mk.	2 811 323 Mk.	3 377 817 Mk.	5 055 437 Mk.
Die Dividenden der Vorrechts-Aktien:			
4 Proz.	8 Proz.	10 Proz.	15 Proz.
Die Dividenden der Stamm-Aktien:			
	2 Proz.	10 Proz.	

Nicht anders als glänzend kann man diesen Geschäftsabschluss bezeichnen, mehr als der Bericht. Die Gewerkschaft Hohensfeld u. L. (eigentlich ein Railwerke) erzielte einen Bruttoüberschuss von 1 788 010,64 Mk. und einen Nettoüberschuss von 1 489 014,35 Mk. Wie man sieht, ist in diesem Geschäftsjahre der Jahresabschluss ein überaus glänzender. 3 220 480 Mk. gegen 2 485 896 Mk. im Vorjahre. Das lautet zu.

Bergarbeiterlöhne. In Nr. 213 des Reichsanzeigers vom 8. d. M. werden die Löhne der Bergarbeiter in den Haupt-Bergbaubezirken Preußens im 2. Quartal 1906 veröffentlicht. Der Durchschnittslohn sämtlicher Bergarbeiter stieg pro Arbeiter und Schicht von 4,17 Mark im ersten Quartal 1906 auf 4,26 Mark im Berichtsquartal, und erhöhte sich gegen das Jahresmittel 1905 um 23 Pfg. Zum Vergleich mit anderen Revieren sei angeführt, daß in den Staatswerken des Saarreviers die gleichen Löhne im 2. Quartal 1906 3,84 Mk., im 1. Quartal dagegen 3,85 Mk. betrugen und gegen den Durchschnitt von 1905 nur eine Steigerung um 4 Pfg. erfuhren. Was die unterirdisch beschäftigten, eigentlichen Bergarbeiter betrifft, so stieg deren reiner Lohn pro Kopf im Oberbergbaubezirk Dortmund von 4,84 Mk. als Jahresmittel 1905 auf 5,14 Mk. im Berichtsquartal, somit um 30 Pfg., während sich die entsprechenden Zahlen in den Staatsbetrieben des Saarreviers auf 4,29 Mk. zu 4,35 Mk. stellten, somit nur eine Steigerung um 6 Pfg. folgte. Sonstige unterirdisch beschäftigte erwachsene Arbeiter erhielten im Ruhrrevier im 2. Quartal 1906 an reinem Lohn pro Kopf 3,58 Mk., als Jahresmittel 1905 dagegen 3,40 Mk., also eine Steigerung um 18 Pfg. Das Verhältnis für das Saarrevier stellt sich für die gleiche Kategorie auf 3,19 Mk. zu 3,16 Mk. Wir werden uns noch eingehender mit der Lohnsituation beschäftigen, wollen hier nur bemerken, daß in einer ganzen Anzahl Reviere begünstigt der Löhne immer noch nicht der Stand von 1900 erreicht worden ist. Es liegt also keine Ursache vor, über die Lohnsteigerungen den Wind allzuweit zu nehmen.

Die Kohlenproduktion der Welt. belief sich im vorigen Jahre nach einer Statistik des Londoner Handelsamtes auf 920 628 000 Tonnen, im Vergleich zu 807 021 000 Tonnen im Jahre 1904; sie ist also um 14,7 Prozent gestiegen. An der Steigerung partizipieren alle Länder, mit Ausnahme von Belgien und Russland. Am bedeutendsten ist die Steigerung in den Vereinigten Staaten, für die sich 852 604 000 Tonnen gegen 818 276 000 Tonnen ergeben, ein Anstieg von 4,1 Prozent. Amerika ist unstreitig der größte Produzent, England hingegen das wichtigste Exportland. Die englische Produktion ist innerhalb Jahresfrist von 230 889 000 Tonnen auf 246 147 000 Tonnen gestiegen, also nur um 1,1 Prozent, dagegen hob sich Deutschlands Förderung von 169 448 000 Tonnen auf 173 684 000 Tonnen, also um 2,5 Prozent. Für Österreich-Ungarn ergeben sich 40 725 000 Tonnen gegen 40 885 000 Tonnen, für Frankreich 36 048 000 Tonnen gegen 36 502 000 Tonnen. Kanadas Förderung stieg von 6 814 000 Tonnen auf 7 959 000 Tonnen und Südafrikas von 3 015 000 Tonnen auf 3 219 000 Tonnen. Spaniens Erzeugung hat sich um 3 200 000 Tonnen fast gar nicht verändert. Die russische Erzeugung ging von 1 818 000 Tonnen auf 1 720 000 Tonnen zurück, der belgische von 23 380 000 Tonnen auf 21 844 000 Tonnen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Steigende Löhne“ — schlechtere Nahrung!

Mit breitem Behagen weisen die Bechenorgane auf die „steigenden“ Bergarbeiterlöhne hin — Die Folge hiervon scheint grenzenloser Uebermut der Bergarbeiter zu sein. Sind sie doch nur bestrebt, möglichst hohe Verdienste einzuschleusen, ohne sich um die Gegenleistung hierfür den Kopf warm zu machen. Die Arbeitsleistung sinkt, die Bergarbeiter werden fauler. So etwas ist kein Wunder, da die Hummel, die Sauerei bei den Vergleichen jetzt auf der Tagesordnung steht. Die Vergleiche leisten passiven Widerstand, wo es sich um höhere Ansprüche

an die Leistungsfähigkeit handelt, verweigern die Ueberflachten und selbst in den normal verfahrenen Schichten zeigen sich die Folgen der zahlreichen Festveranstaltungen. Kein Wunder, daß die Unfallgefahr sich erhöht. — Das ist der Ton, auf den die Klagen der Unternehmensepresse gestimmt ist, allen voran jammert das fromme Zentrumorgan, die „Allnische Volkszeitung“ und die liberale „Allnische Zeitung“. Bessere übermittelte der Öffentlichkeit noch vor wenigen Tagen die schaurige Nachricht, daß die Klagen der Bergwerksverwaltungen über das Verhalten eines großen Teiles der Arbeiterschaft kein Ende nehmen wollten, da die Vergewaltigten sich als Herren der Lage fühlten und sie nach Kräften ausnuzten um sich Vorteile zu sichern. Es braucht wohl nicht immer darauf hingewiesen werden, daß alle diese Nachrichten völlig aus den Fingern gezogen sind. Wir haben oft genug ziffernmäßig gezeigt, was die Öffentlichkeit von diesem blühenden Geschimpfe und wüsten Verbächtigungen gegen die Bergarbeiter zu halten hat. Die Wahrheit ist, daß an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter mit bestem Erfolge die höchsten Ansprüche gestellt werden. Die Förderleistung ist nicht gesunken, sondern nachweisbar gestiegen. Die Grubenbesitzer, nicht die Arbeiter, fühlten sich als Herren der Situation. Wer sich davon nicht überzeugen kann, der sehe sich die glänzenden Profite an, beobachte, wie sich der Goldstrom in die Schränke der Grubenbesitzer ergießt. Wir empfinden sehr wohl, daß die Werkschergen trotz dem immer noch nicht zufrieden sind. Die Tage bei uns im Ruhrbezirk ist zur Zeit so, daß noch Tausende von Arbeitern eingestellt werden könnten, um die Gruben jetzt voll zur Ausnuzung zu bringen. Die Arbeiterschaft kann nicht befriedigt werden; es ist Arbeitermangel vorhanden. Das ist aber doch noch lange kein Grund, die vorhandenen Bergarbeiter ständig vor der Öffentlichkeit herabzusetzen und sie zu beschimpfen. Die Werkschergen wissen schon die Mittel anzuwenden, wie die Ausnuzung der Arbeitskraft unserer Bergarbeiter vor sich gehen kann. Wie steht es eigentlich? Die Bergarbeiter könnten gleich in der Grube ihre Schlafquartiere aufschlagen. Wer keine 80 Schichten verfahren hat, ist bösser faul. Und die Löhne? Sie entsprechen weder der Arbeit, noch der wirtschaftlichen Lage im Allgemeinen. Die paar Pfennig Lohnsteigerungen wurden schon längst wieder aufgefressen, durch die ständig zunehmende Teuerung der Lebensmittel, Mieten usw. Wie haben die günstige Konjunktur, so günstig wie wie sie wohl kaum früher erlebt haben, aber nicht besser, sondern schlechter ergeht es den Arbeitern. Die Hausfrau geht hin ins Geschäft und nimmt den Eimer mit. Was sie dafür an Waren mitbringt, hält keinen Vergleich gegen früher mehr aus. Kein Wunder, daß die Kostgänger 10—15 Mk. monatlich mehr zahlen, als wie vor 5—6 Jahren.

Wie die Arbeiter gezwungen sind, möglichst wohlfeile Waren einzukaufen, dafür gibt der Vorstand der Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Befreiung“ in Oberfeld ein drastisches Bild. Der Verein zählt 5000 Mitglieder. Nach seinem diesjährigen Bericht heißt es:

„... der gesamte Konsum der hauptsächlichsten Nahrungsmittel- und Genussmittel (hat) sich verschoben und zwar derart, daß der Absatz von gehaltreichen, kräftigenden Produkten zurückgeht, statt dessen aber die minder nahrhaften Lebensmittel im Konsum steigen und den Hauptverbrauch bilden.“

Der Bericht führt diesen Zustand auf die zunehmende Teuerung zurück, die eine Folge des Zolltarifs ist.

Doch lassen wir ein Organ sprechen, das nicht im Verstand steht, die Dinge durch die Arbeiterbrille anzusehen — die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“. Das Organ befaßt sich mit dem Agrarierfreund, dem in letzter Zeit vielgenannten Minister Pöbbecke und führt u. a. aus:

„Durch seine (Pöbbeckes) rückwärtsgeleitete Politik zu gunsten der Agrarier, die keinerlei Entgegenkommen und Berücksichtigung der Industrie kennt, hat er es erreicht, daß die Preise für die notwendigen Lebensmittel eine solche Höhe erreicht haben, die man für die weitesten Schichten des Volkes als unerschwinglich bezeichnen darf. Das ist leider keine Nebenart, sondern ein ganz trauriges Faktum und die Industrie, die heute die eigentliche Nährmutter des Volkes ist, kann trotz allen Anstrengungen und bei den größten Opfern nicht so ergiebig gemacht werden, daß sie die Löhne und Gehälter auf eine Stufe brächte, die einen Ausgleich gegen die Preise der Lebensmittel bedeutete. Heute kostet das Pfund Speck in unseren Industriestädten wieder eine Mark. Das bedeutet für einen Tagelöhner mit einem Lohn von drei Mark ein volles Drittel seines Tageseinkommens und man kann nicht sagen, daß, wenn er sich mit Frau und drei bis vier Kindern des Mittags um ein Stück Speck fezt, er irgendwie der Verschwendung fröhnte. Dieses eine Faktum erläutert ohne weiteres die Tatsache, weshalb sehr viele Kreise des Volkes bis hoch in die Kreise mittlerer Beamten und Lehrer hinein nicht mehr in der Lage sind, mehr als zwei- oder dreimal in der Woche Fleisch zu essen. Das ist das Ergebnis der Tätigkeit Pöbbeckes als Politiker, aber es genügt, um diesen Mann so fest in den Sattel zu setzen, daß er als Mensch Dinge tun darf, die man bisher bei einem preussischen Minister für unmöglich hielt.“

Es muß schon sehr weit gekommen sein, wenn ein Unternehmerorgan zu solchen Folgerungen kommt. Wie es scheint, dämmert es in industriellen Kreisen auf, was für Fehler sie begingen, als sie die Politik der Agrarier unterstützten. Jene berückte Adventsnacht, wo die Junker vereint mit den frommen Zentrumsabgeordneten und den liberalen Industrieherrn das Zollnuzergesetz durchpfeiften, wird seine schlimmsten Folgen noch erst zeitigen. Und doch geht diese Art Volksauspöckung selbst den gebildigsten christlichen Arbeitern jetzt schon wider den Strich. Wie wir lesen, nimmt man in christlichen Gewerkschaftsversammlungen Stellung gegen die Milchverteuerung. Was heißt das mehr, als daß die christlichen Arbeiter anfangen, die Not der Teuerung zu spüren. Warum aber erst bei der Milchverteuerung anfangen? Viele andere verteuerten Warenartikel werden bedeutend besser den Geldbeutel des armen Mannes. Fürchtet man etwa in christlichen Kreisen, daß man den Verursachern dieser Lebensmittelverteuerung mehr als bisher auf die Spur kommt? Hier, die frommen Herren haben alle Ursache, die Protestbewegung nicht allzuweit führen zu lassen. Wie leicht, und die ehemaligen „wahren Arbeiterfreunde“ könnten an den Schulpranger auch von christlich denkenden Arbeitern gestellt werden. Die berühmte „Weltanschauung“, die Tugenden der Arbeiter zu leeren, damit den ohnehin schon fatten Volksausnuzern das Leben noch angenehmer gestaltet werden kann als bisher, könnte gleichfalls einen gehörigen Riß bekommen. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Kameraden, wie lange wollt ihr euch noch an der Nase herumführen lassen?

Schmaroher.

60 Millionen Mark Zantienen sollen nach Schätzungen in Fachkreisen die in Deutschland vorhandenen 5000 Aktiengesellschaften an rund 20 000 Aufsichtsratsmitgliedern jährlich zahlen. Die Frage nach der Gegenleistung beantwortet der „Deutsche Volkswirt“ in folgender Weise: „Die den Aufsichtsratsmitgliedern vom Gesetz zugewiesene Aufgabe, die Verwaltung der Gesellschaft in allen Teilen zu überwachen,

wird nicht erfüllt und kann in größeren Betrieben nicht erfüllt werden, weil der reguläre Betrieb durch eine so eingehende Kontrolle in ganz unzulässiger Weise gestört würde und weil die Inhaber dieser Aufsichtsratsstellen, und zwar der wichtigsten, zu eingehender Kontrolle gar nicht die nötige Zeit neben den Arbeiten ihres Hauptberufes finden können. In der Praxis ist die Kontrolltätigkeit des Aufsichtsrates bei allen größeren Gesellschaften durchaus Neben- und Formsache.“ Diese Herren sind Parasiten der schlimmsten und verächtlichsten Art, zumal ihre Zantienen Blutgeld sind, das der ehrlichen Arbeit abgepreßt wird.

In der „Deutschen Tageszeitung“ findet sich folgendes Inserat:

Aufsichtsrat gesucht

für ein vornehmeres Fabrikunternehmen von über eine halbe Million Stammkapital. Glänzende Prospekt garantieren vorliegende Aufträge erster Firmen. Christlicher Missionar erster Gesellschaftsklasse (Kontrollrat bevorzugt) hat Mark 40 000.— Beteiligung des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedes zu übernehmen.

Gut dotierte Standesgemäße Position. Direkte Offerten unter C. 110 an Verkmann's Annoncen-Bureau, Berlin W. O.

Sollten die Aufsichtsratsmitglieder wirklich so rar sein, daß man Inserate loslassen muß, um solche zu erhalten? Es kann schon so sein. Kennen wir doch Herren, die bei sechs, sieben, acht und mehr Gesellschaften Aufsichtsratsmitglied spielen, bei jeder tausende Mark an Zantienen bezogen, nebenbei aber noch eine ganze Reihe anderer gut dotierter Stellen inne hatten und dann immer noch Zeit fanden, sich dem parlamentarischen Leben zu widmen. Es gibt eben Uebermenschen, wenn es sich um die Besetzung gut bezahlter Posten handelt, genug. Nur hin und wieder stellt es sich heraus, daß die Gesellschaften bei ihrer Arbeit oft kaum einen Finger krümmen gemacht hatten. Das zeigte sich dann am besten, wenn der Belegte die einzelnen Gesellschaften erfährt hatte. Jawohl, es ist schwer Geld zu verdienen!

Die „Zielbewußten“. „Wir sind uns als überzeugte, denkende Sozialisten bewußt, daß wir im Kampfe mit dem Kapital die weitestgehende Solidarität üben.“ So dachten schon längst die Wiesenthal und Genossen in Berlin und dann gingen sie hin und hoben eine Gegenorganisation gegen den Metallarbeiterverband (Stg Stuttgart) aus der Taufe. Schon lange lief Wiesenthal polternd hinter dem Rücken des Metallarbeiterverbandes her, bis man ihm den wohlverdienten Kaufpaß gab. Dann kam die Zeit, wo Wiesenthal sich fühlen durfte und er hat sein Ziel erreicht. Wiesenthal ist nunmehr Vorsitzender der neuen Organisation, die sich „Allgemein deutscher Metallarbeiterverband“ (Stg Berlin) nennt. Als „denkende, überzeugte“ Sozialist ging er zum „Vorwärts“ hin und ließ in dessen Verlag sein neugegründetes Verbandsorgan drucken. Und nun können die „reinen, wahren Prinzipien“ ihren Flug ins Land nehmen. Es verlohnt sich nicht auf den Inhalt der uns vorliegenden ersten Nummer des „Verbandsorgans“ einzugehen. Es ist im Geiste der ebenso prinzipienfesten „Einigkeit“ gehalten. Das mag genügen. Was uns auffällt ist, daß der Vorwärtsverlag dem neuen Organ freundschaftliche Aufnahme gewährte, er, der doch schließlich wissen mußte, daß auch noch andere Leute als gewisse Berliner Ständer selbst ein Interesse daran haben, was im Vorwärtsverlag vor sich geht, oder nicht. Gewiß sind wir die letzten, die wünschen, daß der Vorwärtsverlag sich das „Geschäft“ entgehen lassen soll, aber was dann die „Befämpfung“ der Berliner Gewerkschaftersplitterer durch den „Vorwärts“ selbst? Oder war es verkehrt, von vornherein diese „Befämpfung“ als ernst aufzufassen? Dann natürlich läßt sich vieles begreifen. Nun, das letzte Wort ist hier noch nicht gesprochen. Unsere Kameraden dürften es interessieren, daß jener Teil der „Unentwegten“ in Berlin, die sich um die „Einigkeit“ scharen, auch daran gehen, den Unternehmern die „Taktik“ der Gewerkschaften bei Streiks und Auspöckungen gläubig klar zu legen. Den Scharfmachern werden Waffen gegen die Arbeiter in die Hände gespielt. Ein Blick ist, daß es nicht viel zu verraten gibt. Wir sind nur neugierig, wie lange man solche arbeiterschädigenden Treiben in Berlin noch mit verschämter Anwesenheit zuseht.

Streikbrecherroheiten mehrten sich zusehends. Ein Arbeitswilliger der Kohlenfirma Stevenson verlegte einen streikenden Kohlenarbeiter durch zwei Revolvergeschosse am Kopf, weil dieser ihn auf den Streik aufmerksam machen wollte. In Augsburg hat der Mauerpolier und Streikbrecher T. ein bei ihm im Hause wohnenden Kunsthandwerksarbeiter angefallen und ihn durch drei Stiche im Kopf und in der Brust lebensgefährlich verletzt. T. wurde verhaftet, am anderen Tage aber wieder auf freien Fuß gesetzt und konnte als — Streikbrecher weiter seiner Arbeit nachgehen. Der Mörder, der auch andere Hausbewohner bedrohte, kennzeichnet sich am besten durch seinen Ausspruch, der lautet: „Jetzt wird nur noch mit dem Revolver ausgerückt und wenn uns so ein Lump von Streikenden nur schief anschaut, wird er zusammengehauen wie ein Hund.“ Die milde Behandlung der Revolver- und Messerhelden durch die Justiz, in solchen Fällen, wird sehr anfeuernd für andere Mordgefallen wirken.

Ein Graf als Streikposten. Bürgerliche Blätter schreiben: In der Riste der streikenden Kohlenarbeiter vom Örtlicher Bahnhof in Berlin findet sich auch der Name eines Grafen verzeichnet. Der Graf war einst ein flotter Offizier, der sein Leben in vollen Zügen genoss und es toller trieb, als alle seine Kameraden; so toll, daß schließlich die väterliche Bärse und die Hilfe der Verwandten nicht ausreichten, um ihn über Wasser zu halten. Der Graf wurde schließlich aus dem Regiment ausgestoßen, er ging aber nicht, wie seine bisherigen Freunde erwarteten hatten, nach Amerika, um dort Geld zu verdienen, sondern verwertete seine großen Körperkräfte als Kohlenträger am Örtlicher Bahnhof. Er fühlte sich in seinem jetzigen Berufe ganz wohl. Bei seinen jetzigen Kollegen ist er wegen seines gefälligen Wesens sehr beliebt. Als der Streik proklamiert wurde, machte er gleichfalls mit. Er versetzt jetzt seinen Dienst als Streikposten. — Der frühere Offizier beweist also, daß er sich nach stürmisch verlebter Jugend doch zu einem tüchtigen Mann entwickelt hat.

Proletarier im „Stichtragen“. Ueble Wohnverhältnisse herrschen in der Mehrzahl der Bureaus der Rechtsanwält. Nach der letzten im Frühjahr 1905 von den Angestellten aufgenommenen Statistik sind von 488 bei Leipziger Rechtsanwälten angestellten 195 = 40 Prozent „Lehrlinge“, 147 = 30 Prozent Gehilfen, 73 = 40 Prozent weibliche Angestellte und 73 = 15 Prozent Bureauvorsteher. 67 Prozent aller Angestellten stehen im Alter bis zu 20 Jahren, 23 Prozent im Alter zwischen 20 und 30 Jahren und nur 10 Prozent im Alter von über 30 Jahren. Danach sind über 2/3 aller Angestellten minderjährig. Es beziehen 54 Prozent bis zu 50 Mark, 27 Prozent zwischen 51 und 100 Mark und nur 19 Prozent über 100 Mark pro Monat. Wir „Gehilfen“ sind mit 20, 25, 20 und 35 Mark, zwei zwanzigjährige mit 25 bezw. 40 Mark und ein 35 Jahre alter Gehilfe mit 35 Mark angestellt. 2/3 der über 16 Jahre alten männlichen und 1/3 der im gleichen Alter stehenden weiblichen Angestellten arbeiten für Löhne, die unter dem ortsüblichen Tagelohn für ungelernte Arbeiter stehen. Man wird es verstehen, wenn sich die Angestellten regen, um diese kümmerlichen Verhältnisse zu bessern. Die Bureauangestellten der Rechtsanwälte und Notare haben deshalb den Leipziger Anwaltsverein ersucht, mit ihnen zwecks Abschlußes eines korporativen Arbeitsvertrages in Unterhandlung zu treten. Sie fordern, daß ein Lehrvertrag mit jedem Neueintretenden abgeschlossen werde, daß auf drei Angestellte ein Lehrling, auf mehr als drei Angestellte zwei Lehrlinge kommen und das Höchstmaß der Lehrlinge betragen soll. Der Mindestgehalt soll je nach den Jahren auf 20, 30 und 40 Mark pro Monat bemessen werden, das Gehalt der Gehilfen soll zwischen 50 und 150 Mark betragen, Ueberstundenarbeit soll mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt und jedem Gehilfen ein Jahresurlaub von 14 Tagen gewährt werden. Auch die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises wird vorgeschlagen. In einem längeren Schriftstück hat der Anwaltsverein diese Forderungen ablehnend beantwortet. Die Angestellten werden sich dabei natürlich nicht beruhigen.

Aufruf an die Bergarbeiter von Odersleben und Umg.

Von dem Vorsitzenden des Zentralverbandes der Brauereiarbeiter, Bahnschleife Odersleben, werden unsere Kameraden ersucht, kein Bier aus der Vereinsbrauerei Storchshöhe zu trinken, bis die neun dort Gemäßigten wieder eingestellt sind. Zeigt eure Solidarität Kameraden, weicht Bier, welches aus dieser Brauerei stammt, zurück.

Internationale Mundschau.

Das internationale Sekretariat der Buchdruckerorganisation, welches seinen Sitz in Bern hat, veröffentlichte jedoch den Jahresbericht für 1905. Danach umfaßt die Organisation 20 Buchdruckerverbände mit ca. 100 000 Mitgliedern. Diese internationale Armee tritt bei Lohnkämpfen solidarisch durch die Tat für einen einheitlichen Lohn ein. Es werden durch das Sekretariat die zu den Lohnkämpfen und Streiks nötigen Geldmittel beschafft.

Oesterreich. Wir teilten schon mit, daß die Konferenz der böhmischen Bergarbeiter in Tuzen bei Teplic am 8. September mit großer Mehrheit beschloß, nicht in den Streik einzutreten. Neueste Beschlüsse wurden dieser Beschluß durch das planlose und dubiosen Vorgehen der Anarchisten. Gegen diese sprach sich auch eine einstimmig angenommene Resolution aus, worin festgestellt wurde, ein für allemal ein gemeinschaftliches Vorgehen mit den anarchischen Führern abzulehnen. Dann wurde die Ablehnung der Hauptforderungen wie: 25 Proz. Lohn-erhöhung, Minimallohn, Achtstundentag, durch die Gewerkschaften bekannt gegeben. Was erzwungen wurde, war eine Lohnhöhung nach freiem Ermessen der Werke, Einrichtung von Badeanstalten usw. Es berichtigte Jacolm auf der Konferenz, daß er vom Bergamt Schreier in Teplic auf das Revolvergeheimnis berufen worden sei, wo ihm im Versteck des Ministerialrats Johann vom Arbeiterministerium, des Bergbauministers Jacolm, des Oberbergamts Wolpert, des Bergamts Schreier und des Oberbergamts Kommissar die Mitteilung gemacht wurde, daß die Gewerkschaften eine Versammlung abgehalten haben, in welcher beschlossen wurde, für den Fall, daß in den bisherigen vom Streik unberührten Kreisen des nordwestböhmischen Braunkohlenbeckens die Arbeiter von einem Streik absehen, zu den Revolvergeheimnissen einen Aufbruch zu leisten. Der Beschluß sei ihm in schriftlicher Ausfertigung übergeben worden und hat folgenden Wortlaut:

„Der Verein für bergbauliche Interessen im nordwestlichen Böhmen hat am 8. September 1908 folgenden Beschluß gefaßt:

Das Bergrevier zählt vom 1. Oktober 1908 an zur jeweilig zu-erkannten Provision des Arbeiters 100 Kronen, zur Provision der Witwen ein Drittel und zu jener der Waisen mit der im § 86 des Verordnungsstatuts festgesetzten Beschränkungen ein Sechstel dieses Betrages zu.“

Die erforderlichen Kosten tragen die Bergwerksunternehmen allein. Die Konferenz nahm nach langer Beratung folgenden Antrag des Delegierten an:

„Die heutige Konferenz der Delegierten der Gruppe II der Bergbauergewerkschaft beschließt, die von den Werksbesitzern gemachten Zugeständnisse, sowie den Vorschlag des bergbaulichen Vereins, betreffend die Zulassung zu den Provisionen, anzunehmen; die Konferenz erklärt jedoch diese Zugeständnisse für so minimal, daß die Delegierten ihre tiefsten Enttäuschung und Unzufriedenheit darüber Ausdruck geben. Die Konferenz beauftragt die Gruppe II der Bergbauergewerkschaft, die den Werksbesitzern unterbreiteten Forderungen der Gruppe I der Gewerkschaft vorzulegen und neuerliche Verhandlungen im Einvernehmen mit der Unternehmensleitung anzubahnen. Demgemäß beschließt die Konferenz, den Bergarbeitern zu empfehlen, nicht in den Streik zu treten.“

Die Abstimmung über diesen Antrag geschieht durch Vorschlag des Vorstehenden namentlich und vermittelst Stimmzetteln. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird zur Abstimmung geschritten. Das Resultat der Stimmabgabe ist: 115 Stimmen für den Antrag, beim 41 dagegen; drei Stimmzetteln waren ungültig. Damit war über die Streikfrage entschieden.

Ueber die erste Konferenz der Warschauer Gewerkschaften wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ von dort geschrieben: „Mitten im Toben revolutionärer Stille, allen Grenzen des Kriegszustandes zum Trotz, tagte vor einigen Tagen in Warschau die erste Konferenz der Gewerkschaften. Einunddreißig Delegierte vertraten zwölf organisierte Warschauer Verbände (Metallarbeiter, Schneider, Maler, Betonarbeiter, Feinseiler, Gerber, Weichgerber, Schuster, Holzarbeiter, Stukkatoren, Gutarbeiter, Steinmetze), insgesamt 9988 Mitglieder (bloß Warschau). Nach dem die Berichte der einzelnen Verbände vorgelesen worden waren, besprach der Referent des Organisationskomitees die Entwicklung der Organisation. Er besprach die vor 15 Jahren gegründeten „Widerstandskassen“ und ging dann zur Tätigkeit des letzten Jahres über. Nach den Berichten schritt man zur Diskussion, in der besonders über die zwei bestehenden Organisationsformen gesprochen wurde. Es gibt nämlich Organisationen, die nur Gewerkschaften umfassen, und solche, die auch Beiträge erheben. Ein Teil der Gewerkschaften betonte, man müsse diese zweite Art verbreiten, weil sie die Kampfkraft des Proletariats fördert. In der Debatte vertrat ein Genosse den Standpunkt, man müsse aus den Gewerkschaften jede sozialistische Agitation beseitigen und sich nur mit der allgemeinen Ausbildung der Mitglieder befassen. Diese Ansicht wurde heftig bekämpft. Viel Zeit nahm man der Vesperechung der nationalen und christlichen Verbände. Alle Redner stellten die Tatsache fest, daß diese Organisationen von den Unternehmern und ihren Anwälten gefördert werden, damit sie im Notfall Streikbrecher liefern. Anhänger finden diese Organisationen unter den weniger Bemühten und weniger intelligenten Arbeitern. Sodann wurde beschlossen, den „Nachwuchs“ regelmäßig erscheinen zu lassen, wofür die einzelnen Verbände im vorstehenden die Beiträge zu entrichten haben. Ferner wurde beschlossen, die nationalen und christlichen Gewerkschaften energisch zu bekämpfen und eine Broschüre herauszugeben, die den Charakter und die Bedeutung dieser Verbände erklärt. Schließlich wurde durch Ustimung die Depesche angenommen, die man an das internationale Gewerkschaftsbüro in Berlin sendete. In dieser Depesche betont die Konferenz die schweren Bedingungen, unter denen man jetzt in Rußland-Polen arbeiten muß, und gibt der Solidarität Ausdruck, die die Warschauer Gewerkschaften mit der internationalen Bewegung verbindet.

Spanien. Bergarbeiterstreik. Der Bergarbeiterstreik in Vizcaya findet eine selten einmütige Beurteilung in der ganzen spanischen Presse und zwar wird er fast durchweg als berechtigt anerkannt. Selbst die Behörden sind im allgemeinen der Ansicht, daß die Schuld an dem Streik bei den Unternehmern zu suchen sei. Wie bekannt, hatten sich die Arbeiter gewehrt, als einer ihrer Kameraden von einem rohen und betrunknen Aufseher beleidigt und entlassen worden war. Sie hatten dessen Entlassung und die Wiederaufnahme des Arbeiters gefordert. Ferner verlangten die Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit vom Mai bis August; sie wurden allenfalls auch eine zehnstündige eingehen, aber die Unternehmung besetzten auf der eifrigsten. Die Arbeiter verlangen 50 Prozent Lohnaufschlag für Überstunden. Die Unternehmer bewilligen 25 Prozent, doch ist das nur eine Scheinkonzession, da bei dem Eifrigstentag Überstunden kaum noch in Frage kommen. Die Arbeiter fordern die Anerkennung ihrer Organisation, die Unternehmer bewilligen das, aber unter Bedingungen und Einschränkungen, die die Einwilligung wieder aussetzen. Die Regierung ging, trotzdem sie die Berechtigung des Streiks anerkannte, mit den schärfsten Maßregeln gegen die Streikenden vor. Der König sollte nach Bilbao kommen und da mußte wohl so schnell wie möglich Ruhe geschaffen werden. Die Soldaten schossen auf die Streikenden und töteten 2 junge Burgen von 15 und 16 Jahren und verwundeten 10 Mann. Trotzdem beharrte sich der Zustand weiter aus und ergab einige Dörfer der Provinz Santander. Die Arbeiter unterhielten die Streikenden mit allen Mitteln, worauf die Regierung die konstitutionellen Garantien und den Belagerungszustand verhängte. Das sozialistische Provinzkomitee hatte ein Manifest zu Gunsten der Streikenden erlassen, ein zweites wurde auf Grund des Belagerungszustandes untersagt. Die Unterabteilungen, die der Marineminister mit den Unternehmern führte, hatten nur die vorerwähnten minimalen Konzessionen zur Folge, auf welche die Arbeiter nicht eingingen. Sodann wurde von der Regierung der General Jappino nach Bilbao geschickt und seine Unterabteilungen schienen einige Erfolge gehabt zu haben, denn die Wiederaufnahme der Arbeit ist in mehreren Versammlungen beschlossen worden. Mittlerweile aber hat sich die Bewegung weiter ausgebreitet und es wird sicherlich immer wieder zu neuen Ausständen kommen, solange nicht den minimalen Forderungen der Bergleute stattgegeben wird.

Wüstünde auf den Gruben.

Wetterbericht.

Zeche Amalia bei Bern. Wir sind so human! Ein Bauer, der längere Zeit wegen Rheumatismus krank gelegen hatte, wurde als er wieder anfuhr, an eine sehr nasse Arbeit gestellt. Er sollte im Revier VI in der II. Abteilung, wo das Wasser circa 1 Fuß hoch steht und von oben auch noch tropft, Schienen auslagern. Der Bauer protestierte hiergegen und verlangte Arbeit an einer trockenen Stelle, weil er die Knochen so wie so voll Rheumatismus habe. Aber anstatt diesem billigen Verlangen nachzugeben, schrie der Herr Betriebsführer: „Nimm an, du Arbeiter, ins Gefäß!“ „Sie dump, machen Sie das Sie weg kommen, wir haben keine fertige Arbeit. Morgen mittag können Sie Ihre Abfertigung bekommen.“ Man kann hieraus erkennen, was man dem Bergarbeiter noch zu bieten mag, und das in einer Zeit der Hochkonjunktur. Kameraden organisiert euch, euer wird es nicht besser für uns.

Zeche Bruchstraße. Wenn diese Notiz zur Kenntnis der Bergbesuche kommt, ist sie in der Lage bei sofortiger Nachkontrolle, deren

Wichtigkeit festzustellen. Die Wetterführung in den Querschlägen des Ort 12, Flöz 4, Revier VI läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die aufgestellten Ventilatoren können aus den verschiedensten Gründen die geforderte Luft nicht fortblasen. Ist es doch vorgekommen, daß sich über 100 Meter Wetter ansammeln und dabei wird noch immer drauf los geschossen. Die Gefahr ist nach Meinung der beteiligten Arbeiter schon so groß gewesen, daß sie die besetzt gemachten Schächte nicht abtun konnten. Da derartige Zustände eine große Gefahr für die Arbeiter sind, machen wir die Bergbesuche darauf aufmerksam.

Zeche Concordia, Schacht II. Der Herr Obersteiger Dehne meint nicht zu wissen, wie lange die Seilfahrt bei der Morgenschicht dauert. Vom Anschlag heißt es: Morgens von 5 1/2 bis 8 1/2 Uhr ist die Seilfahrt. Der Herr Obersteiger kam aber am 8. September, morgens um 8 Uhr 10 Minuten auf die Hängebahn, ließ auf eine Stange des Korbes noch Leute, die anderen 15 bis 20 Mann mußten nach Hause gehen. Als nun 8 Mann bei diesem Herrn auf seinem Zimmer vorstellig wurden und danach fragten, wie er dazu komme, die Beförderung schon 10 Minuten nach 8 Uhr einzustellen, da doch laut Anschlag bis 8 1/2 Uhr gefahren werde, erwiderte er: „Wenn ich die Führung einstelle dann ist Schluss.“ Wir sind der Meinung, hätte man die 6 Minuten noch gefahren, noch alle Kameraden wären hineingekommen. Ferner sollte die Verwaltung von Concordia II den Schacht zur vierten Sohle hin mal näher in Augenschein nehmen. Es würde auch der Gesundheit dienlich und der Bergschaft sehr erwünscht sein, wenn sie nicht als gewöhnliche Pudel vom Korbe heruntergehen müßten. Wir ersuchen die Verwaltung, den Schacht trocken machen zu lassen so gut es geht und verlangen, daß die vorgeschriebene Seilfahrt auch vom Herrn Obersteiger eingehalten wird, damit nicht wieder Leute ihrer Schicht verlustig gehen.

Zeche Germania, Schacht II. Jeden Samstag abend fährt hier die Morgenschicht zu einer Ueberlichtung an und zwar schon um 8 1/2 Uhr. Wo bleibt da die geforderte Ruhezeit? Auch über Mangel an Holz wird geklagt, besonders einige Tage bevor der Reviersteiger Folgtag hat, findet man keinen Stempel und kein Schloß mehr im Bau. Bei der Seilfahrt sieht man öfters, daß Gefährliche mit auf den Korbe genommen werden, so Maschinenbohrer von 7 bis 8 Fuß Länge. Das Magazin ist nur mittags zur Empfangnahme des Gefährlichen geöffnet und herzt darüber großer Unwille bei den Kameraden. Die Lampen können bei der Ausgabe brennen, damit die Kameraden nicht solange warten brauchen. Vorwärts, muß unsere Lösung sein, klar die Indifferenzen auf, damit unsere Organisation immer mächtiger wird und immer mehr auf Befriedigung der Wünsche und Verbesserung unserer Lage hin arbeiten kann.

Zeche Grone bei Sörbe. Bei der Auszahlung konnte es ein wenig flotter voran gehen, damit die Leute nicht stundenlang herumstehen müssen. Herr Steiger Lang e-möge sich abgeben, die Leute mit dem Wetterkorb auf den Korbe treiben zu lassen. Ueberhaupt könnte das Betragen verschwiegener Beamten etwas anständiger sein, so versuchte erst unlängst Fahrhauer A. n. e. einen Mann am Arm zu fassen und in die Kette zu drücken. Die Seilfahrt könnte auch etwas pünktlicher eingerichtet werden. Sehr erregt wäre die Bergschaft, wenn das Betragen wegen Mindermaß etwas eingeschränkt würde, denn nicht die Kameraden, sondern die „schönen“ Förderer tragen die Schuld, daß die Wagen nicht vollgeladen ankommen. Kameraden, kommt zur Verurteilung, melde die Ueberlichten, agitiert und kämpft dafür, daß in acht Stunden ein Lohn verdient wird, um leben zu können.

Zeche Karoline. In der Waschkasse laufen fast nur die Hälfte der Drausen. Fünf bis sechs Mann müssen sich beim Waschen mit einer Brause begnügen. Auch passiert es, daß Leute in der Kasse fallen, weil der Seilseilklamm nicht ordentlich vorgelegt wird. Vom Füllorte der dritten Sohle stehen beim Schichtwechsel die beladenen Wagen und müssen die Leute, welche ihre Abfahrtskarte in Empfang nehmen wollen, über dieselben hinweg turnen. Ferner herrscht hier die Luftke noch, daß sich die Waghauer die Kreuze zum Wagennummern selbst kaufen müssen. Es wäre hier Pflicht des Ueberlichters, auf Abhilfe zu bringen. Ob er es macht? Mit bestrafen ist man hier auch schnell bei der Hand. Am Montag, den 8. September prangten 30 Mann mit 0,50 Mt. wegen unreiner Kohlen auf dem Strafzettel. Die Bergschaft hat ein Interesse daran zu wissen, wie viel Ueber- und Ueberlichten im ganzen Verfahren worden sind. Da wird wohl eine anständige Zahl heraus kommen, denn eine um die andere Woche verfährt die Morgenschicht eine Nebenlichtung. Neben dem Strafzettel wird der Bergschaft die Schundliteratur angepöbeln. Hoffentlich werden die Kameraden davon keinen Gebrauch machen und halten sich statt dessen eine Tagespresse, worin ihre Interessen vertreten werden. Diese Zeilen mögen dazu beitragen, daß obige Uebel und Wüstünde beseitigt werden.

Zeche Konstantin, Schacht IV. Bei der Ein- und Ausfahrt wird hier bekanntlich die Mannschaft in den Querschlägen mittels elektrischer Bahn befördert. Mit rasender Schnelligkeit geht dieser Zug, so ungefähr mit 100 Mann beladen, dahin und schweben die Kameraden immer in Angst, daß der Wagen umkippt. Am 7. September kam dies auch wirklich vor und mußten zwei Kameraden der Morgenschicht wieder ausfahren, da sie sich bei dem Unfall Verletzungen zugezogen hatten. Es kann hier sehr leicht passieren, daß ein Wagen entgleist, dadurch die Stempel weggerissen werden und das größte Unglück herbeiführt. Man merke nicht ein, daß der Zug schnell zum Stehen gebracht werden kann, denn das Klappern der Wagen verhindert, daß das Fahrpersonal das Schreien und Pfeifen der Fahrenden hört. Es muß doch auch der Verwaltung daran liegen, dieses unsinnige Fahren zu beseitigen, denn dadurch entstehen Unfälle und Störungen im Betriebe. Wir geben uns deshalb der Hoffnung hin, daß Remedur geschaffen wird, es braucht deswegen noch lange kein Schnecken tempo eingeschlagen zu werden.

Zeche Lotzingen. Menschenleben scheinen hier nicht viel Wert zu haben. Verunglückten doch am 8. September in Flöz R der Mittagssteiger Schorpmittel tödlich, sowie zwei Kameraden, welche schwer verletzt wurden. Die Unterebene mag einen großen Teil Schuld dabei tragen. Wird uns doch mitgeteilt, daß am anderen morgen Steiger Thiel in demselben Flöz beinahe auch verunglückt wäre. Vielleicht sieht sich der Einfahrer einmal diesen Betriebspunkt etwas näher an. Dabei könnte er auch einmal die hohen Streben - 45 bis 60 Meter hoch - besichtigen, es sind welche dabei, wo kein einziges Schloß steht, das man als Bühne benutzen kann. Möge man immer für genügend Holz sorgen, dann wird es Kohlen genug geben und es werden nicht so viele Unfälle vorkommen. Auf Schacht I könnte des Mittags pünktlicher Schicht gemacht werden.

Zeche Reumühl. Von dem Arbeiterauschuss auf hiesiger Zeche hört und sieht man nichts. Derselbe scheint nicht zu wissen, daß auf Schacht II, 200 Meter-Sohle, der letzte Mann der Morgenschicht erst 2,45 Uhr ausfährt. Es besteht also hier eine Schichtverlängerung von einer viertel Stunde. Sollte die Verwaltung das Vergeßlich noch nicht durchschaut haben, so möchten wir sie doch ersuchen, das in Wilde zu tun. Die Förderkörbe werden öfters von den Kameraden Schweinekoben genannt und müssen dieselben, wenn dieser Ausdruck verschwinden soll, einer täglichen Reinigung unterzogen werden. Vielleicht sorgt man auch dafür, daß es nicht mehr in die Kasse regnet, sonst sind wir genötigt, eines schönen Tages, mit Regenschirm versehen, einzufahren. Auch würde das Drängen nach der unteren Etage aufhören, wenn man auf den oberen vor schmutzigen Sturzabstern sicher ist. Bei der Einfahrt am Schacht steht die Luftstille und ist da ein Gedränge, da jeder auf die unteren Etagen will; es kann leicht einmal vorkommen, daß einer in den Schacht gestochen wird. Das Verfahren von Ueber- und Ueberlichten floriert auch hier, gewöhnlich Samstags gibt es eine Nebenlichtung. Ein Ueberlichter ist dabei, daß wenn Samstags die Mittagslichtung aus, die eine Ueberlichtung verfahren Morgenschicht einfährt. Dadurch kommt es, daß die Mittagslichtung zum Teil nicht in der Lage ist, ihre geforderte Wagenzahl zu kontrollieren, da dann die Kontrollierel schon ausgelastet und die Kohlenförderung im Betrieb ist. Es wird auch darüber geklagt, daß volle Kohlenwagen verloren gehen und dadurch Verlust an Lohn entsteht. Diesem könnte abgeholfen werden, wenn die Verwaltung dazu überginge, Wegmarken einzuführen, die tief im Wagen mit Draht befestigt werden könnten. Das Bezeichnen der Wagen (außerhalb) könnte ja zwecks besserer Kontrollierung beibehalten werden. Herr Betriebsinspektor Müller e-möge sich Ausdrücke wie „Qualitätsfahrschloß“, „Kameraden gegenüber abgemessen“, denn ein jeder ist nicht erbaud von dieser „Herablassung“ des Herrn Müller. In den Revieren XVI, XIX und XXIV sollen Doppelschichten verfahren worden sein, ohne daß die geforderte Ruhezeit eingehalten wurde. Wir sind der Meinung, daß sich nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Verwaltung nach dem Gesetze zu richten haben. Dem hoffentlich besteht hier der Spruch: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“, noch nicht. Nehmen wir z. B. einen Kameraden, der sich für einen Tag unmöglich macht, doch am anderen Tag nach nicht kommen kann, so wird er kraft des „Rechts“ mit 2 Mt. verurteilt. Von Schacht I wird uns ferner mitgeteilt, daß Sonntag Nachmittags die Spuckkasten so gut gefüllt werden, daß der Ueberfluß von oben den Leuten auf die reinen Kleider tropft. Fällt ein solcher Dredropsen auf die nackte Haut, so brennt

dies wie Höllestein. Diesem wäre abzuwehren, wenn der Fußboden der Etagen mit Holz ausgelegt würde. Auch befinden sich die neuangekauften Züge der Kasse schon in einem solchen Zustande, daß man sie, so ist, vom Korbe herunterkommen. Nun, auf den unteren Etagen fahren ja auch nur gewöhnliche Sterbliche ein. Die oberen Etagen sind für die Beamten. Da nun die Verwaltung die Mithände kennt, glauben wir, daß sie besetztigt werden und Reumühl nicht mehr so schnell in unserer Zeitung prangt. Die Parole der Kameraden aber muß lauten: Wir wollen nicht ruhen und rasten, bis auch der letzte der Kameraden unserem Verbände angehört. Nur durch eine mächtige Organisation schaffen wir bessere Zustände.

Zeche Nordstern, Schacht III. Am 8. August kam der Steiger der Nachschicht, Erhart, vor den Betriebspunkt und forderte die Kameraden auf, die Stunde zu verhängen. Als sie ihm die Antwort gaben, sie hätten keine Zeit, glug er nach ihrer Art, um sich Mühe zu holen. Dann kam er zurück und meinte, die Leute hätten ihn ausgelacht und hielten ihn für einen dummen Jungen. Die Kameraden hatten wohl gelacht, aber nicht über den Steiger. Für diesen Späß wurden sie mit 1,50 Mt. bestraft; sie beschwerten sich nun beim Betriebsführer, daß sie zu Unrecht bestraft seien, worauf dieser sagte, er wolle die Sache untersuchen. Doch weit gefehlt, als sie den dritten Tag wieder vorstellt wurden, ließ es die Strafe öfliche bestehen, indem er äußerte: „Ich muß dem Steiger mehr Glauben schenken, als euch.“ Wemert es noch, daß der betreffende Steiger jede Woche die Stunde umhängt. Ob er es nie richtig trifft?

Zeche Schornhoff. Ein „gewissenhafter“ Beamter ist zweifelsohne der Steiger Ben z obiger Zeche, der zu glauben scheint, die Arbeiter würden sich bei einem ausnehmenden Lohn den Magen verderben und sich dadurch nur das Arbeitsvermögen erschöpfen. Er bringt es fertig, das Metzger in einem Monat zweimal zu rekrutieren und das dritte Mal ganz aufzuheben. So wurde kürzlich einer Kameradschaft in der ersten Hälfte des Monats das Metzgerlohn von 15 auf 8 Mt. herabgesetzt. (Wenig § 18 der Arbeitsordnung). Am 15. von 8 auf 4 Mt. und am 1. nächsten Monats wurden die 3 Mark ganz entzogen. Zuvor hatte die Kameradschaft noch zweimal verdient. Beschwerten sich nun die Kameraden hierüber, dann werden sie nach einer anderen, „besseren“ Arbeit verlegt. Auch wird bei diesem Steiger vor Betriebsführer das Nachschließen von Steinen nicht bezahlt, es heißt da einfach: „Ihr müßt es an der Kohle rausziehen.“ Bei diesem „Rausziehen“ und Schließen haben es die Kameraden nun auf einen Nettoverlust von 4,18 Mark gebracht, während doch Reparaturdauer beschäftigt sind, die pro Schicht 3,50 Mt. bekommen. Ob der Steiger von einem Verlust von 4,18 Mt. auch eine Familie mit sieben Köpfen ernähren kann, bezweifeln wir, aber der Arbeiter soll es fertig bringen.

Zeche der Wendel. Den grönischen Arbeitermangel, der hier herrscht, sucht man durch Anwerbung von auswärtigen Arbeitern abzuheben. Hierzu eignet sich niemand besser als der überaus strebsame Steiger Hilbrand. Das hat auch die Verwaltung erkannt; deshalb wird er ausgelastet, Arbeiter zu holen. Er schließt das Geschäft auch zu verstehen. Nach Mitteilung Angeworbener soll er einen Nettoverlust von 6-8 Mt. in Aussicht stellen. Sind die Leute aber hier, verdienen sie die ersten Monate 6 Mt. und darüber, später aber manchmal auch nur 3-3,50 Mt. Die Kameraden des Selbstkinder Revier - denn dort hat der Steiger Hilbrand seine Werbestelle - verurteilt - werden wenig erbaud sein, wenn sie die Zustände auf der Wendel kennen lernen. Neben den niedrigen Löhnen, die hier gezahlt werden, ist die Behandlung nichts weniger als human. Auch hierin tut sich Steiger Hilbrand hervor. Einem Kameraden rief er in der Steigerstube entgegen: „Wenn er nicht macht, daß er herunter kommt, schmeiße ich ihn herunter.“ Die Unkosten der durch § 4 der Bergpolizei-Verordnung vom 18. Juli 1903 vorgeschriebenen Untersuchung sollen die Arbeiter ebenfalls tragen. Die Waschkasse möchten wir auch der besonderen Aufmerksamkeit der Betriebsleitung empfehlen. Von den zehn vorhandenen Drausen laufen nur vier; die fünfte läuft nur. Die große Bergschachts-Fluktuation erklären derartige Wüstünde! Kameraden! Wollt ihr euch derartige Zustände nicht länger gefallen lassen, dann sorgt für größere Ausbreitung der Organisation unter den Bergschachtsmitarbeitern der Wendel. Nur Schuster an Schuster gereicht ist es euch möglich, den Kampf erfolgreich zu führen. Deshalb hinein in den deutschen Bergarbeiterverband!

Zeche Wiedachsbant. Hier ist ein ungeheurer Defizit, welcher zu verzeichnen, besonders im Revier des Steigers W. n. s. m. m. Wenn Kameraden am letzten ihre Papiere bringen und hören, daß bei dem Uebermann sollen, kann man öfters hören: „O, Sär, was sind wir anklappen.“ Einige liegen sich nach Verfahren einiger Schichten an, wobei ihre Papiere geben, andere wollten sie nehmen, doch gelang es dem Betriebsführer, dieselben wieder zu überreden, indem er meinte: „Wenn ihr mit Winkemann nicht fertig werdet, bin ich auch noch da.“ Beim Fahrsteiger F. r. i. m. a. n. n. haben es, wie es scheint, die Organisierten verstanden. Meinte er doch unlängst, als dieser Tage vor der Kasse eines Unfallschicksals das Schloß kaputt geschlagen war, dies hätten Organisierte getan. Wir weisen solche unmotivierten Vorwürfe ganz energisch zurück. Möge der Herr besser auf die Beförderung achten, kommt es doch vor, daß bei der Ausfahrt 20 und 24 Mann auf einer Etage sind. Oeffters wird es auch 20 Minuten später bei der Ausfahrt als vorgezeichnet. Um Abhilfe wird ersucht.

Zeche Wiese. Die „würdigste“ Zeche vom Mühlheimer Bergwerksverein ist und bleibt obige Zeche unter dem Regime des Betriebsführers Herrn Bortmann. Man begnügt sich nicht damit, morgens 50-60 Mann, welche frühzeitig genug zur Ansahrt erschienen waren, nach Hause zu schicken, um dadurch die Leute um ihren kümmerlichen Lohn zu bringen, sondern man beschlupft solche Arbeiter, die sich nicht als willenslose Werkzeuge gebrauchen lassen, nach einer Art, daß man die Bildung solcher Beamten sehr leicht erkennen kann. So brachte es der Steiger V. e. n. e. r. I. fertig, die schönen Ausdrücke wie „dummes Volk, man sollte euch in die Presse hauen“, einem zehnjährigen Schleppler zuzubereiten. Warum, so fragen wir, holt sich Zeche Wiese solche Arbeiter aus Schloffen herbei? Wo ist solche Leute als willenslose Arbeiter zu knechten und zu beschimpfen? Aber nur so weiter mit der Behandlung, so rufen wir den Zehngewaltigen zu. Auch unter den schlesischen Kameraden wird es nicht werden und der Tag, wo gerechte Ueberlegung gehalten wird, liegt nicht mehr in weiter Ferne. Dem Reviersteiger Benner raten wir, in erster Linie für passierbare trockene Straßen zu sorgen, andernfalls werden die in Frage kommenden Arbeiter Anspruch auf Fahrmann und Röhre erheben. Auch beantragen seine Arbeiter frühzeitiger die Abschlagszettel nicht wie es am 10. August der Fall war, denn der abgeschlossene Bergmann verlangt nach Ruhe und Stärkung. Um die Zeche im Ansehen etwas zu heben, raten wir dem Herrn Betriebsführer, die Nachschicht am Sonntag des morgens um 6 Uhr auszulassen, wie es auf vielen Zechen schon längst geschieht, damit solche Leute nicht noch jeden Monat zwei Schichten verlaufen müssen für den lauer verdienten Lohn. Der Bergschaft rufen wir aber zu, organisiert euch besser als wie bisher, dann werden auch auf Zeche der Wiese bessere Verhältnisse eintreten; meldet vor allen Dingen die Ueberlichten, dann wird man nicht so leichtfertig 50-60 Kameraden nach Hause schicken.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Gottes Hufe-Schacht. Am 6. September brach hier wieder einmal Feuer aus, das durch Abbämmung am 7. und 8. September wieder erlosch wurde. Die Wetter gehen von hier nach Schacht Kaiserin Augusta. Am 10. September ließ man die Leute nun an dieser Stelle wieder anfahren, doch hatte man nicht mit den zurückgebliebenen Wagen gerechnet. Die Kameraden wurden, als sie kurze Zeit darauf der Steiger auslieferte, von den Wagen betäubt und benutzlos vorgefunden. Einige Minuten später und circa 24 Leute waren in das Schatteneck übergeleitet. Es wurden nun sämtliche zu Tage geschafft und das Revier vorläufig gesperrt. Es hätte hier leicht ein zweites Courrières geben können. Die Jagd nach Kohlen wird noch manchen Unglück heraufbeschwören. An euch liegt es, Kameraden, mehr Bergarbeiterauschuss herbeizuführen. Werbt Mitglieder, auf daß unser Verband immer mächtiger und einflußreicher wird, dann wird es auch gelingen, bessere Schutzmaßregeln herbeizuführen.

Grube Seureta. Wie wir schon mitteilten, ist hier der Streik zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Verwaltung hatte diesen provoziert, indem sie pro Wagen 2-3 Pfg. abziehen wollte. Dadurch wäre für die Kameraden ein Lohnverlust von 80 Pfg. pro Schicht entstanden. Als sich die Leute darüber beschwerten, sagte der Herr Direktor, wenn es nicht passe, der könne gehen. Er dachte jedenfalls nicht daran, daß die Bergschaft seine Worte sofort in die Tat umsetzen würde. Um nun, da die Verwaltung nachgegeben hat, auch für die Dauer gerüstet zu sein, müssen wir uns immer enger zusammen schließen, keiner darf außer halb des Verbandes stehen. Schafft euch eine Macht, dann bekommt ihr Recht, dies konnten wir an unsern kurzen Streik sehen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Wahnschacht. Die unwillkürliche Behandlung trägt hier viel dazu bei, daß so viele Kameraden in letzter Zeit absterben. Der Obersteiger Wolf schlägt gegen die Arbeiter einen Ton an, der mehr als gewöhnlich die Beamtenübermut verriät. Als vorigen Monat die Seilfahrt nur durch den neuen Schacht gemacht werden konnte, wurden die Arbeiter mit den Mannschaften förmlich hingerufen, damit ja kein Zeitverlust entstand. Dennoch dauerte es Herrn Wolf noch zu lange und er schrie auf der tiefen Seile einige Kameraden an, sie sollten nicht gehen wie alte Großmütter, sondern sich etwas beeilen, die Seilfahrt sei kurz und mühe ausgeübt werden. Als auch darauf die Kameraden nicht in Trab fielen, schickte er ihnen einen Fahrstuhl nach mit der Weisung, ein wenig zu treiben. Mithin werden wohl die Aufseher statt der Meterlatten Peitschen bekommen, damit sie den Treibdienst richtig ausüben können.

Maraschschacht. Es scheint, als wenn man in gewisser Beziehung es hier den schließlichen Störs- und Stößen vorziehen möchte. Aufseher Huch 8 weiß sehr schnell diejenigen zu bestrafen, die einmal ein paar Minuten eher Schicht machen. Hat man aber eine Zeit über gearbeitet, so muß man schon öfters erinnern, daß man die paar Wochen erhält. Es ist eben auch hier auf den stützlichen Gruben nicht alles Gold, was glänzt, mag man bei Besuchen des Herrn Direktors noch so viel vom guten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern reden. Selbst mit Kameraden, die Organisation ausbauen, nur durch die Stärke derselben können wir uns eine bessere Lage erringen.

Ägyptische Plagen.

Medlinghausen-Süd. Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes suchen wir Sie zu Ihrem Artikel Suderwich in Nr. 88 Ihres Blattes folgende Verurteilung in die nächste Nummer aufzunehmen: „Die angegebene Zahl der für die Gewerkschaft König Ludwig angeworbenen Hüttenarbeiter ist ebenso unrichtig, wie die Behauptung, daß der größte Teil dieser Arbeiter wieder abgetrieben sei. Nur ein geringer Teil hat die Arbeit hier aufgegeben; diejenigen Leute, die arbeiten können und wollen, sind geblieben und haben keinerlei Plagen vorgebracht. Das Wort „durchschnittlich“ bedeutet, daß der betreffende Lohn ermittelt ist, indem die Summe der in Frage kommenden Löhne durch die Summe der entsprechenden Schichten geteilt wurde, oder was dasselbe gibt, die Summe der pro Schicht verdienten Löhne durch die Zahl der Arbeiter, es also „kein Durchschnittslohn“ darstellt, daß dabei ein Teil mehr, ein Teil ebenfalls weniger verdient, wie der Durchschnitt, ist wohl jedem ohne weiteres einleuchtend, desgleichen, daß die mittlere Arbeitszeit im Mittel auch den Durchschnittslohn erreicht. Gewerkschaft König Ludwig. (Manne.) (Wer die hierhergehörigen Leute spricht, wird aber erfahren, daß diesen das Wort „durchschnittlich“ nicht ohne weiteres einleuchtet, denn sie waren bei der Unveränderung der Meinung, daß sie nicht unter dem Durchschnittslohn verdienen sollten. Daß dieselben dann enttäuscht sind, sollte die Sachverwaltung denn doch schon selbst bemerkt haben. Die Redaktion.)

Weltmar. In Nr. 88 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 10. August befindet sich ein Artikel unter dem Titel „Neue Massenunfälle“, der sich mit dem Unfall auf Seche General vom 10. August beschäftigt. Mit Verweisung auf § 11 des Reichspressgesetzes fordern wir Sie auf, diesen Artikel wie folgt zu berichtigen: „Es ist nicht richtig, daß der Unfall vom 10. August auf Seche General durch die Fördermaschine entstanden ist, auch ist nicht richtig, daß diese defekt gewesen war. Die Maschine wurde sofort nach dem Unfall in Gegenwart des königlichen Bergwerksbeamten und eines maschinenrechtlichen Sachverständigen einer eingehenden Revision unterzogen. Diese ergab, daß die Fördermaschine, die übrigens vor wie nach dem Unfall ohne Unfall funktionierte, in allen Teilen durchaus intakt und betriebsfähig war. Die Annahme, daß auf Seche General die Seilfahrt überfahren wurde, ist ebenfalls nicht richtig, zumal die gefällige Einfahrtseile völlig ausreichten, um die Beleglatten ein- und ausfahren zu lassen. Es ist unnahbar, daß bei dem Unfall ein Mann schwer verletzt wurde, es wurden fünf Mann leicht verletzt und vier schwer. Es ist nicht richtig, daß keine Tragbahnen vorhanden waren. Hochachtung! Gewerkschaft General.“ (Manne un-ferflich).

Aus dem Streife der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bochum. Der „Arbeiter“, das Organ des Gewerkschaftsvereins der hiesigen Bergarbeiter, Girsch-Dunderscher Richtung, wendet sich selbstverständlich auch gegen die Verschmelzung der Bergarbeiterverbände. In das Unmögliche dieser Verschmelzung nachzuweisen, drückt der „Arbeiter“ den Artikel des „Vergnappens“ in dieser Frage ab. Auch sollen, wie der „Arbeiter“ mittelt, die beiden Girsch-Dunderscher Gewerkschaften, die den Scherlebecker Aufruf unterschrieben, nicht Mitglieder genannter Gewerkschaften sein. Es muß hier betont werden, daß mehrere Verbände Girsch-Dunderscher Richtung, Bergarbeiter als Mitglieder aufnehmen. Ob die beiden Unterzeichneten z. B. dem Verband der Hand- und Fabrikarbeiter Girsch-Dunder angehören, kann uns ebenso gleichgültig bleiben, als ob sie unter der Fahne Schmidt marschieren. Wir haben lediglich unsere Aufgabe erfüllt, als wir den Wünschen der Scherlebecker Kameraden nachkamen und den Aufruf brachten. Daß die sämtlichen Unterzeichneten organisierte Bergleute der verschiedensten Richtungen waren, erhöht ja die Wirkung des Aufrufs. Wir haben mit Vergnügen davon Notiz genommen und werden bereitwillig gleiche Verordnungen, wie sie der Aufruf vorseht, jederzeit unterstützen. Anders ja der „Vergnappung“. Dieser scheint ja jetzt den freien Gewerkschaften besondere Aufmerksamkeit. Es genügt, wenn ein Satz oder eine irgend eine Äußerung erlaubt hat, die für den „Vergnappung“ gegen die Bergarbeitereinheit verwendet werden kann, sie wird gerät von dem sich selbst nennen Organ verwendet. Die letzte Vergnappungsnummer ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie „Holland in Not“ ist. Nur so weiter, die Kameraden werden schließlich doch noch herausbekommen, wer ihnen hilft oder schadet. Der „Arbeiter“ bringt auch einen Bericht über die Belegschaftsversammlung in Dortmund, in der Kamerad Poloczny auch die Vereinigungsfrage anschnitt. Nicht hat Poloczny ausgeführt, daß sich der Gewerkschaften Girsch-Dunder dem Verbands auflösen soll, sondern er sagte: Der Gewerkschaften der Bergarbeiter Girsch-Dunder habe es nur auf recht wenig Mitglieder gebracht, sei geradezu bedeutungslos. Für diese Organisation wäre es sicher das Beste, sie ginge in einem der großen Bestehen der Verbände auf. Das hatten wir selbstverständlich auch heute noch aufrecht. Die bedeutungslos der Gewerkschaften der Bergarbeiter Girsch-Dunderscher Richtung ist, beweist ja, daß ihm andere Gewerkschaften gleicher Richtung Bergarbeiter kapern, ohne daß Schmidt und Genossen dieses verhindern können. Darum reicht auch der Einfluß Schmidts nicht aus, um dem Gewerkschaften der Fabrik- und Handarbeiter Girsch-Dunder, von dem schmutzigsten Verrat, den eine Organisation begehen kann, während des mittelbergschen Bergarbeiterstreiks abzuhelfen. Den mittelbergschen wie Gotsberger Bergarbeiterstreik berührte Poloczny deshalb, um zu zeigen, wie es oft kommen kann, wenn mehrere Organisationen gegen das gezielte Unternehmertum marschieren. Ohne die verschiedensten Richtungen keine Verräterei. Warum schreibt das der „Arbeiter“ nicht? Und auf Schmidt bleibt hängen, daß er diesen Verrat dadurch gut zu machen suchte, indem er auf den Verband loshackte, weil dieser die verurteilten Bergarbeiter in Schutz nahm und sie unterstützte, damit sie nicht auf Verlangen der „Girsch“ zu Streikbrechern wurden. Dafür dem Kameraden Schmidt Lob zu spenden, ist doch recht auffallend. Wir haben nicht gern zu dieser Abwehr geiffen, da wir glauben, gerade jetzt hätten die Bergarbeiterverbände alles zu tun, um sich einmal um die glänzende Gesellschaftsfrage im Ruhrgebiet zu kümmern.

Münster. Vor dem Essener Schöffengericht fand am 21. August die Sache zwischen unserem Zeitungsboten, Kameraden Rott, Fabobold und dem Bäcker Friedrich G. durch einen Vergleich ihren Abgang. Die schon mitgeteilt, hat G. öffentlich in einer Witzschacht unseren Kameraden G. verächtlich, Verbandsgegner unterschlagen zu haben und sei er deshalb vom Vertrauensmann schriftlich aufgefordert worden, die veruntreuten Gelder zu erstatten. G. dem diese Behauptung von G. ins Gesicht geschleudert wurde, an der natürlich kein wahres Wort ist, sagte darauf zu dem Manne: „Du Großschnauze wirst mir am Gericht dieses beweisen müssen.“ Durch das Wort Großschnauze fühlte sich aber der Herr G. ebenfalls beleidigt und strengte Widerklage an. Leider ging unser Kamerad G. auf den Vergleich ein; wir glauben ganz sicher, daß das Gericht zwischen dem beiden Beleidigten noch einen Unterschied gefunden hätte. Jetzt kann G. noch die halben Kosten zahlen. Bedauernd ist, daß G. sich das beim Vergleich vorbehielt, d. h. dürfte der Ausgang des Prozesses nicht in der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden. Nun den Ausgang des Prozesses haben wir auch ohne Mitteilung G. erfahren.

Bauten. Wir machen den Kameraden bekannt, daß der Boykott über die Wirtschaften Scherbruch, Dafenstraße und Bedmann, Streikbehalte aufgehoben ist.

Dorffeld. In unserer letzten Zahlstellenversammlung wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die heutige Zahlstellenversammlung beauftragt die Ortsverwaltung der Zahlstellen Dorffeld, geeignete Schritte zu unternehmen, damit auf Seche Dorffeld den Bekehrten die Arbeit zum Fortsetzen der Kohlenwagen gratis geliefert wird und das Oelgehl fortfällt, sowie sämtliches Gebläse von der Seche gratis geliefert wird.“

Dampfen. Herr Opel, „christlicher“ Agitator steht sich veranlaßt, auf Grund einer Notiz in Nr. 88 unserer Zeitung eine „Verurteilung“ zu senden. Derselbe entspricht durchaus nicht den Anforderungen an eine solche, doch wollen wir nicht so sein, sondern das hauptsächlichste dieser „Verurteilung“ unseren Kameraden nicht vorenthalten. Opel bestrittet M.-Glabbacher Bögling zu sein. Ferner schreibt er, daß der von ihm gehaltenen Vortrag auf Bitte des Pfarrers gehalten sei. Auch sei der katholische Opel nicht katholisch. Ferner teilt der Herr mit, daß der Pfarrer nicht von zweibettigen Verbänden gesprochen habe, denn nach hätten auch die „katholischen Herren Agitatoren“ nicht wie begoffene Nudel den Saal verlassen. Herr Opel schreibt uns noch, alles in der „Verurteilung“, daß keiner der anwesenden Unterhändler in der Diskussion das Wort nahm um seine Sache im evangelischen Arbeiterverein zu verteidigen. Im „Reich“ fühlt sich Herr Opel veranlaßt, auf diese Verurteilung hinzuweisen. Doch nicht dies ist das Interessante an der Opelischen „Reichsverurteilung“, sondern was er uns verrät. Er schreibt, daß die Vorstände der evangelischen und katholischen Arbeiter, „Jünglings- und Männervereine eine Sitzung zusammen abhielten. Nach dieser Sitzung habe ihn der Dampfen Herr Pfarrer gebeten, einen Vortrag über „christliche“ Gewerkschaften im evangelischen Arbeiterverein zu halten. In dieser Versammlung des evangelischen Arbeitervereins seien die Unterhändler als Mitglieder des Vereins zahlreich anwesend gewesen und er habe deshalb bei der Behandlung der sozialdemokratischen Gewerkschaften die Noten nicht geschont. Ein nettes Reuigut glaubt Herr Opel noch dem Herrn Pfarrer ausstellen zu müssen, indem er schreibt, derselbe habe sich jetzt von der Gewerkschaftsbewegung nicht das geringste gewußt. Das letztere angenommen, so sieht man eben, daß es Herrn Opel vorbehalten war die Unterhändler, welche ebenso gute Mitglieder des Arbeitervereins waren als die Gewerkschaften, anzugehen und zu beleidigen. Was jetzt lebten diese Kameraden im evangelischen Arbeiterverein schließlich und schließlich nebeneinander, ebenso gut wie sie dies auch im katholischen tun müssen. Der „große“ Agitator Opel verschwendet seine Verbämtheit aber nicht in öffentlichen Versammlungen, sondern er geht in evangelische Arbeitervereine und treibt dort Verheerung. Bei evangelischen Arbeitervereinen schimpft er über die „Noten“. Welche Rourage! Stolz ist er besonders darauf, daß ihm kein Mitglied des evang. Arbeitervereins, obwohl viele dem alten Verbands angehören, entgegensteht. Er sollte sich eigentlich dessen schämen, denn man sieht hieraus, daß die Unterhändler mehr Zartgefühl hatten, indem sie nicht bedrögen Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins sind, um sich mit Herrn Opel herumzustritten und in die Reihen der Arbeiterschaft noch mehr Zerspaltung zu tragen. Sagte Herrn Opel doch selbst der Herr Pfarrer, daß die Rechte und Pflichten der Mitglieder der beiden Organisationen, Unterhändler und „Christliche“, gleich seien. Herr Opel wag weiter Zerspaltung treiben, wir aber ersuchen die Kameraden, ebenso wie sie in evangelischen Arbeitervereinen, ob Unterhändler oder Gewerkschaftler, zusammen tagen und beschließen können, es auch außerhalb zu machen. Nur eine einzige Organisation kann uns Nutzen bringen. Sie müßte auch kommen, trotz der Verheerung in evangelischen Arbeitervereinen durch Opel und Konsorten.

Gelsenkirchen. Ein mißlungener Coup. Am letzten Sonntag fand hier eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, in der Kamerad Poloczny über die Verschmelzung der Bergarbeiterverbände sprach. In dieser Versammlung hatte sich auch ein ganzer Stab christlicher Sekretäre und Gauleiter unter Führung von Imbusch und Breddemann (Sekretär des kathol. Volksvereins) eingefunden. Poloczny gab an der Hand der Bergarbeitergeschichte ein Bild, wozu die Zerspaltungsbemühungen in der Bergarbeiterbewegung führten und beantwortete die vom „Vergnappung“ gestellten Fragen — die Verschmelzung der Verbände betreffend — recht klar und deutlich. Er verlangte aber auch von kommenden Diskussionen, warum sie den Fragen eine solche Fassung gegeben haben. Als erster in der Diskussion sprach Breddemann. Dieser Herr, den uns die „Gelsenkirchener Zeitung“ schon in allen Tonarten gepriesen hat als „mächtigen“ Bekämpfer der „sozialdemokratischen“ Bewegung, zeigte sich als einer der unfähigsten Debattierer, die wir bisher im christlichen Lager kennen lernten. Abgeordnete Stödemägen wechselten sich ab mit verlegenen, beleidigten Äußerungen gegen die Versammelten — die bekannte Art der „Münchener Glabbacher“, um so ein vorzeitiges Ende der Versammlung vorzubereiten. Das gelang natürlich dem Herrn nicht. Breddemann konnte seine Ausführungen beenden, da die Kameraden möglichst an sich hielten. Als der Vorsitzende nun dem Kameraden Poloczny das Wort zur Entgegnung erteilen wollte, ging der Krach los. Erst sollte Imbusch sprechen. Diesem wurde bedeutet, daß auch er an die Reihe kommen würde, es sei aber notwendig, daß dem Breddemann erst Antwort gegeben werde, dann komme Imbusch an die Reihe. Breddemann und der christliche Gauleiter von den Metallarbeitern nahmen Aufstellung im Saal unter ihren mitgebrachten Kollegen und der Krach steigerte sich dann auch derart, daß die Versammlung nicht geschlossen, wohl aber — verjagt werden mußte. Die Verbändler verhielten sich, den Mahnungen folgend, auch jetzt ruhig. Breddemann wurde ermahnt, sich nunmehr aufständig zu benehmen und seine Kollegen zu beruhigen. Über der wollte es nicht, so etwas ging ja gegen die Absichten der christlichen Führer. Schließlich hieß es: „Nun, wenn die Herrschaften nicht anders wollen, dann mag der Überwiegende Beamte dem Sekretär des katholischen Volksvereins zeigen, daß man sich auch in einer Bergarbeiterversammlung aufständig zu benehmen hat.“ Der Herr Kommissar tat seine Pflicht: die „Christlichen“ heulten; an den Tischen der Verbändler war immer noch alles ruhig. Nur, als einige Christliche mit Schirmen und Stöcken in der Luft herumfuchtelten und das „Heil dir im Siegerkranz“ anzukommen versuchten — es blieb beim Versuch — da mag wohl manchem der Versammlungsbesucher der Wert der Münchener Glabbacher Beziehung aufgeblüht sein. Unter vernünftigen Sachen ging der Abzug der Dugend „Christen“ vor sich. Auch Imbusch packte seine Broden. Poloczny forderte ihn freundlichst auf, nur ruhig hier zu bleiben, er komme zu „seiner Rede“. Aber Imbusch wollte nicht. „Du kannst ja in den Zeitungen schreiben, was Du willst über meinen Fortgang“, meinte Imbusch zu Poloczny. Poloczny erwiderte, er werde nichts anderes schreiben, als daß eine Anzahl aufgehegter und zum Teil betrunkenen „christlicher“ Arbeiter den Saal verlassen haben. Imbusch sei ihnen im Gefühl der Zugehörigkeit gefolgt. Alieu! Und Herr Kommissar ging, überrot im Gesicht, davon. Selbstverständlich trat jetzt Ruhe ein und wurde die Versammlung erst nach fünfständiger Dauer geschlossen. Ob es dem Klassenkampftheoretiker Breddemann noch einmal nach solch einer Versammlung gelüftet, wer weiß es? Um aber doch noch zu zeigen, was er unter Klassenkampf versteht und was er zu bekämpfen verliert, ist, daß wir an Stelle der alten einer neuen Gesellschaftsordnung zu streben. Etwas näheres war Breddemann nicht in der Lage anzugeben und schon dieser einzige Satz genügt, um Herrn Breddemann zu empfehlen, noch einige Monate M.-Glabbach zu absolvieren. Er mag als Lehrfach die Geschichte vornehmen. Vielleicht wird er sich klar, daß es noch nicht Zeit war, die von ihm behauptete Stelle schon so früh einzunehmen. Die Verbändler wie auch die übrigen Versammelten werden mit Vergnügen an diese Versammlung zurückdenken.

Gelsenkirchen. Am 2. September fand hier bei Wirt R o s i n g die Quartaalversammlung der Verbändersitzten der Kommission G e l s e n k i r c h e n statt. Die Tagesordnung lautete: Berichterstattung über die Vorstandstätigkeiten vom 10. Juli und 14. August d. Z. Weiter wurden zwei Anträge an den Knappschäftsvorstand gerichtet. Der eine, daß für alle kranken Mitglieder, die in Wädem und Geilfätten sind, das volle Krankengeld an die Angehörigen bezahlt werden soll. Ferner sollte das auch für die Familien gelten, welche sich in bedrängten Verhältnissen befinden und deren Ernährer sich im Krankenhaus befindet. Der zweite: Bei Invaliditätsanträgen soll den Angehörigen der Rentierärzte mehr Beachtung geschenkt werden, da die Vorführung zum Chirurgen zu viele Mißbilligungen mit sich bringt, indem der Empfang der Vergente dadurch verzögert und der Antragsteller meist Familie dadurch öfters in eine Notlage verlegt wird.

Ennsfeld. Wie der frühere Knappschäftskassette F. R n d p p e r, jetzt Ausschußmitglied auf Seche Cour, als solcher die Interessen der Arbeiter in der Unterstützungskasse vertritt, zeigt folgender Fall: Ein Bergmann, der schon seit 1887 auf obiger Seche in Arbeit steht, in dessen Familie aber seit Jahren Krankheit herrscht, so daß es ihm nicht möglich ist, bei den jetzigen Verhältnissen die Doktorrechnungen von seinem Verdienst zu bestreiten, hatte im Monat August wieder eine solche von

35 Mark. Er legte dieselbe dem Herrn Betriebsführer vor und bat ihn um eine Beihilfe aus der Unterstützungskasse. Doch als bei der kommenden Sitzung der Herr Betriebsführer den Antrag des Arbeiters vorbrachte, erhob sich genannter Arbeitervertreter — welcher, nebenbei bemerkt, während des Streiks gearbeitet hat — und erklärte, daß er ganz entschieden gegen eine derartige Unterstützung sei, denn ein Arbeiter, der während des Streiks Beihilfe verteilten könne, müßte auch soviel übrig haben, eine Doktorrechnung zu bezahlen. Ein anderes Ausschußmitglied legte dagegen Vernehmung ein und betonte, daß Antragsteller wohl gestreikt, aber ganz entschieden keine Beihilfe verteilt habe. Nach längerer Diskussion erklärte schließlich der Herr Betriebsführer, daß der Streik mit der Unterstützungskasse gar nichts zu tun habe, hier käme lediglich nur die Beihilfefrage in Betracht. Auf Grund dessen wurde schließlich dem Antragsteller eine Unterstützung zuteil. Auch wir sind der Ansicht des Herrn Betriebsführers und fragen Herrn R n d p p e r: Was hat die Unterstützungskasse mit dem Streik und dem Verteilen von Beihilfen zu tun? Die Kameraden können aus vorstehendem genau erkennen, wie solche Beihilfeempfänger die Interessen der Arbeiter vertreten, und ist es nur lediglich dem Herrn Betriebsführer zu verdanken, daß dem Antragsteller eine Unterstützung zuerkannt wurde. Also ein Vertreter der Arbeitgeber war humaner als ein „Arbeitervertreter“. Da lobt noch einer die Arbeiterauschüsse!

Reichslande. Johann Otto vom „christlichen“ Gewerkschaftsverein zeigte seine Solidarität auf Seche Jollern, Schacht I, dadurch, daß er bei der Betriebsleitung seine Kameraden vom Gegenbittler der Freilassung befreilichte. Es ist darum nicht zu verwundern, wenn es solche Leute gibt, daß die Beamten dann wirklich glauben, es sei nicht genug geleistet. Ob Otto mit solchen Stücken seine „christliche“ Gesinnung beweisen will? Es gibt ein bekanntes Sprichwort, das sich dieser „Auchlamerab“ in Erinnerung rufen möge.

Querenburg. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bibliothek eröffnet ist und die Bücherausgabe jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr erfolgt. Möge man die Bibliothek recht fleißig in Anspruch nehmen, denn „Lesen macht Bildung und Bildung ist Macht.“ Ferner müssen wir darauf hinweisen, die Monatsversammlungen besser wie bisher zu besuchen. Kameraden! Weret die Interessenlosigkeit über Bord, geht doch den Monat einmal in eure Versammlungen, um bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die so dringend notwendig sind, anzustreben. Wehrgibt diese wohlgemeinte Mahnung; so wie jetzt, kann und darf es nicht weitergehen.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Barlinghausen. Schon öfters kam es auf den hiesigen städtischen Werten vor, daß Kohlenwagen durch Unstufen von Werten gestohlen wurden. Unfähig eines solchen Falles stellte die städtische Bergwerksverwaltung gegen eine ganze Kameradschaft Strafantrag. Im dem gewöhnlich verständlichen Gefühl seiner Unschuld richtete nun ein Kamerad einen Brief an den Untersuchungsrichter, worin er seine Unschuld darlegte und die unglückliche Wendung gebrauchte, der Vergart habe absichtlich Unschuldige des Diebstahls beschuldigt. Die Strafe dafür sollte auch nicht ausbleiben, doch davon später. Bei der Hauptverhandlung fiel den Unwesenden besonders auf, daß der Unstichter einen der Angeklagten auf einmal mit folgenden Worten anredete: Sie sind doch der Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes, Sie können mir einmal die Sache darstellen. Man möchte da fragen, woher will der Unstichter die Vertrauensleute des Verbandes kennen? Abgesehen davon, daß der Angeklagte überhaupt kein Vertrauensmann ist. Wer macht dem Unstichter solche Angaben, die hintennach noch nicht einmal stimmen? Die Angeklagten wurden freigesprochen. Nun kommt aber das schändliche! Der Brief des unschuldigen Kameraden an den Untersuchungsrichter kam an die städtische Bergwerksverwaltung. Diese legte dem Kameraden den Brief vor und fragte, ob er denselben geschrieben habe. Der Mann bejahte dies und wurde hierauf gefoltert. Es wird immer schärfer. Ein Unschuldiger wird eines Vergehens bezichtigt. Er sucht sich beim Richter zu rechtfertigen, aber Dank seiner mangelhaften Schulbildung und der krassen Ausdeutung, die den Arbeitern keine Zeit zum lernen übrig läßt, kommt er erst recht in die Schlangeneinwicklungen der Gesetzesparagrafen. Unschuldige war der Mann, daß sich herausgestellt. Am Gefängnisvorhof kam er vorbei, aber es ist bald noch schlimmer, daß man ihn drohte machte. Es lebe die „göttliche“ Weltordnung mit ihrer ausgleichenden Gerechtigkeit!

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Salze. Das Rgl. Oberbergamt erläßt folgende Bekanntmachung betreffend anderweitige Feststellung von Vergreibern sowie Verränder der Bezeichnung eines Vergreivers: Durch Erlass des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 7. August 1906 — I 6892 — ist auf Grund des § 188 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 über die anderweitige Abgrenzung der Vergreiver West-Halle, Ost-Halle und Weissenfels, über die Verlegung des Sitzes des Vergreivers Weissenfels von Weissenfels nach Naumburg (Saale) und über die Bezeichnung dieses Vergreivers als „Vergreiver Naumburg“ das Nachstehende bestimmt worden: 1. Das Vergreiver West-Halle umfaßt vom Regierungsbezirk Merseburg den Kreis Merseburg, ferner vom Saalkreise und dem Stadtkreis Halle diejenigen Teile, welche südwestlich einer Linie liegen, die durch die Mitte des Bahnkörpers der Eisenbahn von Sandersleben über Göttern bis zur Eisenbahn Halle-Weissenfels, dann durch die Mitte des Bahnkörpers letzterer Eisenbahn bis zur Orlage des Saalkreises verläuft, vom Mansfelder Seekreis und vom Kreise Querfurt diejenigen Teile, welche nicht zu den Vergreibern Eisleben und Naumburg gehören. 2. Das Vergreiver Ost-Halle tritt an das Vergreiver West-Halle den nördlichen Teil des Kreises Merseburg ab, bleibt jedoch im übrigen in seiner jetzigen Abgrenzung bestehen. 3. Das Vergreiver Weissenfels wird fortan die Bezeichnung „Vergreiver Naumburg“ mit dem Sitz in Naumburg (Saale) führen. Es umfaßt vom Regierungsbezirk Erfurt die Kreise Schleusingen, Rand- und Stadtkreis Erfurt, Angermünde und Weissenfels, vom Regierungsbezirk Merseburg die Kreise Eudarsberga und Naumburg, vom Kreise Querfurt denjenigen Teil, welcher nach Weissenfels durch die Enklave Wilsdorf des Großherzogtums Sachsen-Weimar bis zum Kommunikationswege Mittel-Gatterfeld-Obhausen und durch die Mitte dieses Weges bis zum Kreuzpunkte der Kreischauffee Querfurt-Weissenfels und von da durch die Mitte des Kommunikationsweges Weissenfels-Weissenfels bis zur Kreisgrenze, von da ab der Kreisgrenze nach Osten entlang bis zur Eisenbahn Orlage-Querfurt-Weissenburg, weiter durch die Mitte des Bahnkörpers dieser Eisenbahn bis zur Haltestelle Weissenburg, dann am linken Ufer der Unstrut bei Weissenburg abwärts bis Dorndorf, hierauf durch die Mitte des Kommunikationsweges über Gleina Wamersroda, Schortau, Bedra bis zum Schnittpunkte der Kreisgrenze zwischen Braunschweig und Rumpstätt begrenzt wird. Endlich umfaßt das Vergreiver Naumburg den nördlichen Teil des Kreises Weissenfels, dessen südliche Grenze die Mitte des Kommunikationsweges Hagen-Hohemühl von der königl. sächsischen Landesgrenze bis zur alten Salzstraße bei Hohenmühl, die Mitte der alten Salzstraße in südlicher Richtung bei Mutschau, der Weg Mutschau-Naundorf bis zur Weissenfels-Beiger Chauffee, sodann die Mitte dieser Chauffee bis zum Wege Wilsdorf-Zadaw-Deuben, dieser und darauf der Deuben-Debniger Weg bis zur Haltestelle Deuben der Weissenfels-Beiger Eisenbahn, die Mitte des Bahnkörpers dieser Eisenbahn bis zur Station Teuchern, dann die Mitte des Bahnkörpers der Eisenbahn Naumburg-Teuchern bis zur Kreisgrenze hinter Gröffen bildet. Die Braunkohlengruben Johannes II bei Gröffen und Marie bei Deuben werden dem Vergreiver Naumburg zugeteilt. Die vorstehenden Veränderungen treten am 1. September d. Z. in Kraft.

Don Paz. Seit kurzer Zeit mehren sich hier die Unfälle in erschreckendem Maße und sind erst kürzlich sieben Bergarbeiter in einer Woche tödlich verunglückt, davon fünf an einem Tage, die mit einer Bühne zusammenbrachen. Obwohl die Bergarbeiter dem Minister beilegte man sich in den Kapitalistenblättern die Öffentlichkeit zu beschuldigen. Es sei keine Ursache für Unzufriedenheit vorhanden, der Staat sei noch obendrein der Wohltäter der harter Bergarbeiter, dabei hat sich allerdings noch keine Exzellenz und kein Geheimrat die Knochen gebrochen. Immer sind es auch hier nur die Bergarbeiter, die dem Staate ihr Leben und ihre Knochen opfern und den Berg mit Menschenblut schmieren, wofür ihnen dann der Minister erklärt: „Für euch kann nichts getan werden“. Harter Bergarbeiter! Neemt euch ein Beispiel daran und helft euch selbst. Organisiert euch!

Senftenberg (Bauh). Am Sonntag den 2. September, nachmittags 3 Uhr, fand in S a n o im Gasthof des Herrn Reuter eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt. Kamerad S t r u n g -Widau behandelte in seiner Rede das Thema: Welche Schritte müssen wir einschlagen, um unsere Lage zu verbessern? Redner schilderte in längeren Ausführungen die Ausbeutung der Braunkohlenerbeiter durch die Grubenbarone und führte klar vor Augen, wie der Bergmannsstand, hat mit der Zeit vorwärts zu schreiten, immer schlechter gestellt wird. Er forderte

die Anwesenden auf, sich zu organisieren, um dem Unternehmertum entgegenzutreten zu können. Dieser war die Versammlung schlecht besucht. Dies rührt von einer großen Interesslosigkeit vieler Kameraden, die eines Teils glauben, durch Zahlung der Beiträge ihre Pflicht zu erfüllen, zum anderen Teil sich ihres Glücks schämen. Sorge ein jeder dafür, daß es anders wird.

Stachurs. Auf den preußisch-schlesischen Werken hatte der Arbeiterausschuß endlich, nach acht Monaten, Gelegenheit zu kommen. Es handelte sich bei dieser Zusammenkunft nicht bloß darum, die schlechten Lohnverhältnisse zu besprechen, oder über die Unterstützungskasse zu beraten, sondern um eine viel „wichtigere“ Angelegenheit. Als zwei Jahre vor ihm der Bergarbeiterausschuß, acht Tage vorher, tritt nun der Ausschuss zusammen, diesem wird bekannt gegeben, welche Verhandlungen für das Vergleichen getroffen sind, er kann dann dazu nicken und wieder nach Hause gehen. Für zwei Jahre hat dann der Arbeiterausschuß wieder seine Ruhe und seine „Schuldbüchse“ getan. Wir möchten bei der Abkunft, Vergleichen einmal anfragen, ob dies die ganzen Aufgaben des Arbeiterausschusses sein und bleiben sollen? Hat dieser Ausschuss keine Wünsche und Beschwerden an zuständige Stellen vorzubringen? Das Gerechtigkeit beim Vergleichen und die Rechte des Knappschafts-Alters fast machen noch keine freien Männer. Und solche wird man doch auf den schlesischen Werken haben wollen. Oder nicht?

Reinhold. Während des Streiks im mitteldeutschen Revier stellten auch die hiesigen Bergarbeiter Forderungen, die glatt bewilligt wurden und blieben es die Kameraden nicht für nötig, der Organisation beizutreten. Doch sie wurden sich aus dem Schlafe geweckt, denn nach dem Streik wurde es miserabel, wie es vorher gewesen war. Wurde doch die Vermahlung, daß sie es mit Unorganisierten zu tun hatten. Die schlechten Löhne, die primitive Wabeanstalt, öffneten, da keine Verbeugung eintrat, den Kameraden die Augen. Wüßte nun auch die Belegschaft, die sich dem Verbandsangehörigen, einmütig darin beschaffen, dann wird es auch hier besser werden. Die Monatsversammlungen, die früher hier stattfanden, darf nicht mehr eintreten. Die Monatsversammlungen an jedem Sonntag im Monat sind zu besuchen, denn Aussprache führt uns einander näher. Kameraden, laßt die Nachschiffe, unsere „Bergarbeiter-Zeitung“ gut durch, sie schafft uns Aufklärung und hilft mit, die herrschenden Missstände zu beseitigen. Bleibt einig und laßt euch nicht gesplitteln!

„Ein Tropfen ist jeder vereinzelt, allein
Ein gewaltiges Meer im festen Verein.“

Reinhold. Die Presse sowohl als die Jahresberichte der im hiesigen Revier befindlichen Braunkohlenbergwerke befaßten sich wiederholt mit dem mitteldeutschen Streik in einer Weise, die wir zwar gewöhnt sind, die aber mit der Wahrheit so auf gespanntem Fuße steht, daß es nötig erscheint, einiges dazu richtig zu stellen. Immer wieder wird betont, daß der Streik auf sozialdemokratische Verheißung zurückzuführen sei und das Hauptgewicht der Forderungen auf Anerkennung der Organisation und Aufhebung der hohen Mindestlöhne gelegt worden sei. Alle übrigen Forderungen seien nur so nebenbei als Mittel zum Zweck der Erregung oder Verheißung der Massen zu betrachten. Demgegenüber stellen wir nochmals fest, daß die eingetragenen Forderungen als ersten Punkt die Verkürzung der Arbeitszeit anstehen und daß logischerweise von allen Streikenden und der Streikleitung gerade die Verkürzung der Arbeitszeit als wesentliche Errungenschaft des Kampfes angesehen und dieser abgefochten wurde, als die Garantie von Seiten der Grubenverwaltungen für Verkürzung der Arbeitszeit gegeben war. Es ändert auch an der Tatsache nichts, daß immer wieder betont wird, diese Verkürzung der Arbeitszeit wäre auch freiwillig von den Unternehmern herbeigeführt worden, da schon einige Gruben bei Zeit die neunstündige Schichtzeit vor dem Streik hatten. Wäre dieses der Fall gewesen, so bräuchten die Arbeiter nicht jetzt nach dem Streik so ungewohnt langsam und auf dem Boden zu sein, um die gewohnte neunstündige Schichtzeit beizubehalten. Haben doch nach dem Streik es einige Werke, wie Bismarck, sogar nochmals zum Zustand kommen lassen, und auf anderen mußte erst mit Aufwand gebracht werden, ehe das Versprechen zur Ausfüllung gekommen ist. Ebenso wird auf einer ganzen Anzahl von Werken mit allen Mitteln versucht, durch Überstunden die neunstündige Schichtzeit wachzuhalten. So auf den Liebedägen Montanwerken, Sächsisch-Thüringischen und anderen. Ja, einige größere Gesellschaften haben sogar bis zur Zeit ihr Wort noch nicht eingelöst und die neunstündige Schichtzeit auf einzelnen Gruben eingeführt. So die Liebedägen Montanwerke, auf der Grube Emilie bei Zschand, Gertrud bei Gumnitz, Winterhold bei Zschand und Virgine bei Zschand; die Werschau-Weichenfelder Aktien-Gesellschaft auf Jakob bei Trebnitz, Werschau bei Reutendorf und Reuzsch. Beiher Paraffin auf Grube Hermine Gerichte bei Wöllitz, Vereinigte bei Spora sowie einige kleine Werke im Meuselwitzer Bezirk. Aus all diesem ist wohl zu ersehen, daß es eitel Spiegelscherelei ist, wenn die Unternehmerrgane behaupten, die verkürzte Arbeitszeit hätten die Unternehmer auch ohne den Streik gegeben. Als klassisches Beispiel für die Unwahrheit dieser Behauptung können wir ja noch den Arbeitsvertrag der Jachau-Kreisbühler Werke anführen, der drei Tage vor Beendigung des Streiks mit Arbeitswilligen abgeschlossen worden war und die zehnstündige Schichtzeit vorsieht. Noch dazu, nachdem man der Kommission am 11. Mai, also 14 Tage vor Beendigung des Streiks die schriftliche Erklärung der Einführung der neunstündigen Schicht gegeben hatte. Tatsachen lassen sich eben nicht weglegen. Warum wir die Verkürzung der Arbeitszeit als wichtigsten Punkt ansetzen, der allein einen solchen Kampf wert ist, braucht hier nicht erörtert zu werden. Die große Mehrzahl der Kameraden hat dieses auch begriffen, das beweist die Enttötung der Arbeiter auf solchen Werken, wo man versucht, diese Errungenschaft auf irgend eine Weise illusorisch zu machen. Daß wir neben dieser ersten Hauptforderung auch die der Mindestlöhne gestellt haben, versteht sich von selbst und wir fügen gleich hinzu, wir werden dieselben auch in absehbarer Zeit bekommen. Spätestens ist es dagegen, wenn man sieht, wie sich die Unternehmerrgane über den neunten Punkt der Forderungen, Anerkennung der Organisation, selbst so schön täuschen, indem sie mit Pathos erklären: „Nein, das gibt es unter keinen Umständen, die Organisation erkennen wir nicht an, mit ihr oder ihren Vertretern verhandeln wir nicht.“ Doch können wir auch in diesem Punkte uns befriedigt fühlen und die Selbsttäuschung, welche die Unternehmerrgane ihrer Eigenliebe gebracht haben, ihnen herabgucken, zumal wir keinen Schaden davon haben. Denn, obwohl immer und immer von Seiten der Unternehmer betont wurde, mit der Organisation nicht zu verhandeln, haben alle Werke, ohne Ausnahme, nur mit Kameraden verhandelt, welche der Organisation angehört und die ihre Dispositionen vom Streikbureau erhielten und auch demgemäß handelten. Vielleicht wäre der Kampf früher beendet gewesen, hätte man diesen Umweg, der in der Praxis dasselbe Ergebnis hatte, als es unsere Forderungen verlangten, von Seiten der Unternehmer nicht geübt, dieses steht wohl außer allem Zweifel. Doch wenn nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen. Die argsten Scharfmacher, denen jedes Verhandeln mit der Organisation aus Prinzipien ein Gräuel ist, bekamen in diesem Kampfe die Oberhand. Trotzdem schritten nachher an der Einmütigkeit der Arbeiter ihre Ansprüche. Deshalb ist es leicht begreiflich, daß man alle Verdrehungskünste benutzte, um Uneingeweihten den Glauben von einer gänzlichen Niederlage der Arbeiter beizubringen, obgleich dies den direkten Tatsachen widerspricht, da schreibt man in den Unternehmerrblättern, das hätten wir auch freiwillig ohne Streik gegeben, ähnlich dem Fuchs in der Fabel, welchem die Trauben zu sauer waren. Kameraden, es muß die Aufgabe jedes einzelnen sein, darüber zu wachen, daß die Errungenschaften nicht wieder verloren gehen. Nachlässigkeit nach irgend einer Richtung hin würde sich schwer rächen. Ihr habt das Unternehmertum in dem langen Kampfe in seiner wahren Gestalt kennen gelernt und wißt, was euch bevorsteht, wenn ihr gleichgültig werdet. Darum auf den Posten, pakt die Organisation, denn nur Einigkeit führt zum Ziele.

Rönigreich, Sachsen.

Döhlen, Weigitz und Jaueroda. Die hiesigen Mitglieder der hiesigen Ortsorganisationen am 19. August einen Ausflug unter Aufsicht der hiesigen Familien nach Jaueroda, wofür ein Längchen stattfand, auch wurden einige Arbeiterlieder von Mitgliedern der Ortsvereine „Saxonia“ und „Vormärts“-Weigitz in schwungvoller Weise vorgetragen. Reicher Beifall lohnte die Sänger für ihre Mühe. Galt doch dieser Ausflug der Organisation, um auch hier wieder mit den Kameraden Fühlung zu bekommen und die Säuglinge wieder zur Organisation heranzuziehen. Es ist uns auch gelungen, denn zehn Kameraden erklärten ihren Beitritt zum Verbands, so daß auch diese Arbeit Erfolg hatte.

Erfeld bei Froburg. Am 26. August wurde hier die Gründung einer Mitgliedschaft unseres Verbandes vorgenommen. Zur Ortsverwaltung gehören die Kameraden G. H. H. M. G. H. und H. M. Monatsversammlungen finden jeden Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Krebs statt. Kameraden von Erfeld, seid

unausgesetzt tätig für den Verband. In wenigen Wochen muß hier der letzte Mann im Verbands sein. Kameraden, sorgt dafür, daß uns unser Lokal erhalten bleibt, unterstützt nur die Werte, welche uns zu jeder Zeit ihre Solidarität zur Verfügung stellen.

Miesitz. Es sind uns wiederholt Quartierverleihen und Auslagen von einigen Kameraden zu Gehör gebracht worden, so unter anderem, daß dieselben nicht mehr mit uns arbeiten wollten; weiter, es würde denselben wohl nicht einfallen, in unsere Versammlungen zu kommen usw. Kameraden! Unter derartigen Verhältnissen kann es in unserer Abtheilung nicht mehr weiter gehen. Bestehen denn die Versammlungen, daß die Kameraden außerhalb derselben schimpfen und kritisieren sollen, oder daß sie in die Versammlungen kommen, um dort über etwas bestehende Mängel zu kritisieren und dafür zu sorgen, daß dieselben abgeschafft werden? Kameraden! Wir glauben, mit derartigen Kritikationen wird unserer gerechten Sache mehr Schaden als Nutzen zugefügt, darum fordern wir diejenigen Kameraden auf, welche auf obigen Standpunkte stehen, sich in der außerordentlichen Versammlung einzufinden und auszusprechen, wenn wir nicht glauben sollen, daß dieselben ihre Freundschaft davon haben, Zersplitterung in die Reihen der Kameraden zu bringen.

Zeichen. Unter zahlreicher Beteiligung der Verbandskameraden und Gewissen fand die Verabreichung der Liebesreste ungesperrten Kameraden Lobert Ort statt. Das Ergebnis ging ordentlich vor sich, Pastor Witzner hielt die Grabrede. Er sah das Unglück, durch welches zwei Menschen vernichtet wurden, für eine Vorlesung Gottes an; auch meinte er, die ersten Christen wären ja auch für den Heiland auf dem Scheiterhaufen verbrannt worden. Der trauernden Witwe solle es eine Ehre sein, von Gott als ein solches Opfer auszuweisen zu sein. Auch sprach der Herr Pastor von dem schmerzlichen Verlus der Bergarbeiter und von der steten Lebensgefahr, in welcher sie sich befinden, aber da gebe es kein anderes Mittel, als sich mit Gott zu versöhnen, denn je größer die Lebensgefahr sei, desto größer solle auch das Gottvertrauen sein. Weiter meinte der Geistliche, daß es keine schändliche Mamonasucht sei, der Erde die Kohlen abzurufen, sondern über denselben stehe die Liebe des Vaterlandes und das Wohl des Volkes. Der Arbeiter brauche nicht mehr um höhere Löhne zu kämpfen, er strebe sich ja besser wie vor Jahrzehnten. (Macht nette Ausführungen. D. V.) So und noch weiter sprach der Herr über den Bergarbeiter, ein durch kapitalistische Profitgier herbeigeführtes Unglück ist also heiliger Wille Gottes. Der nimmermüde Kapitalismus kann sich bei dem Herrn Pastor bedanken, daß er all das, was er auf dem Gewissen hat, dem lieben Gott in die Schiffe schießt. Ob auch die Herren, die mit der Untersuchung beauftragt sind, solchen Fatalismus zeigen? Bergarbeiter, schließt euch immer enger zusammen, bestrebt darauf, daß euer Leben besser beschützt werde, wehrt euch dagegen, daß man, wenn ihr dem Kapitalismus geopfert seid, noch vom Willen Gottes spricht, denn der Gott, der, wie uns als Kindern erzählt wurde, allgütig und barmherzig ist, kann nicht wollen, daß wir im Dienste des Kapitals bei lebendigem Leibe verbrannt werden. Vorwärts, breitet die Organisation aus, werdet freie Männer, denn der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Walzburg. Auch in den Köpfen der Herzoglich Plebschen Grubenbeamten spukten die Raifertage. Die Betroffenen haben das Ersuchen an die Belegschaft gerichtet, sich nächsten Freitag in Breslau als Schaulustige oder auch zum Spalierbild einzufinden, doch die Arbeiter waren anderer Meinung, sie erklärten, daß sie bei den geringen Löhnen und verletzten Lebensmitteln zu derartigen Zwecken kein Geld übrig hätten. Der Herr Steiger wußte darauf keine andere Antwort, als daß er die 40 Pfennige Verbandsbeitrag betrachte. Es läßt dies erkennen, wie sehr man nach mit dem Unverstande der Arbeiter rechnet. Bemerkenswert ist noch, daß wegen des Kohlenmangels der Obersteiger Wolf amends 1/2 Uhr, eine Viertelstunde vor Beginn der Schicht, in die Waschkammer geht und die Arbeiter ermahnt, schnell reinzusprechen. Wahrscheinlich soll der Kohlenverlust, den die Raifertage bringen könnten, dadurch schon vorher wett gemacht werden. Ob dabei die gesetzlichen Bestimmungen über die Dauer der Schichtzeit überschritten werden, kümmert die Herren nicht, aber die Arbeiter werden an ihre Pflicht erinnert.

Lohnbewegungen und Streiks.

Bergarbeiterstreik im Rönigreich Stamm. In der Hoffenzstadt des alten Industriearbeitertrahnen, in Neunkirchen, fangen die Arbeiter jetzt mit Gewalt an, sich aus dem alten Joch der geistigen Unterdrückung zu befreien, und dieser Befreiungskampf geht nun auch nicht ohne Streiks vor sich. Die Maurer führen schon seit Wochen einen hartnäckigen und zähen Kampf, und selbst auf der großen Stummischen Hütte stellt es sehr bedenklich, daß der Generaldirektor sogar gedroht hat, falls die Hüttenarbeiter in den Streik eintreten, würde er die Hütte von Neunkirchen verlegen. Er wird dann die großen Schornsteine auf den Boden nehmen und sie in eine „bessere“ Gegend tragen. Ob es der Verwaltung gelingt, dem Unheil diesmal noch zu steuern, ist sehr fraglich, denn in Neunkirchen herrscht augenblicklich der Geist des „Aufwachs“. Auch die Vergleute sind davon angeleitet, und so hat die Belegschaft des Neunkirchner Konwerks V l e s m i h l am 8. September einmütig die Broden hingeworfen, ohne erst eine Forderung gestellt zu haben, oder bei der Verwaltung vorstellig geworden zu sein. Es handelt sich um einen jener Putz, die dort, wo noch keine Organisation besteht, unvorhofft und spontan ausbrechen. Die etwa 100 Mann starke Belegschaft ist zum größten Teil unorganisiert, wie die saarabische Vergleute überhaupt. Einige sind im Verband, andere im Gewerksverein, wiederum andere bei den Facharbeitern. Der reine babylonische Turm. Am 7. September fand in Neunkirchen eine Versammlung der Streikenden statt, welcher auch die Betriebsführer und Steiger der Grube beizuhörten, und in welcher die Forderungen aufgestellt wurden. Kamerad Weimpeters tabelte das unbefonnene, wilde und planlose Vorgehen der Ausständigen in aller Schärfe. Erst hätten Forderungen gestellt und versucht werden müssen, ob es nicht auch ohne Streik gegangen wäre, und erst dann, wenn die Verwaltung jedes Entgegenkommens abgelehnt hätte, dürfte zum letzten Mittel gegriffen werden, und auch dann erst, wenn sie organisiert gewesen wären und die Organisation den Kampf gutgeheißen hätte. Die Position für die Arbeiter sei die denkbar schwierigste, da sie ohne Organisation, also ohne Hinterhalt, beständen, und dazu hätten sie die gesamte saarabische Presse gegen sich, welche die Defensivität zu ihren Ungunsten beschwindele. Das einmütige Hingeworfen der Broden zeige, daß unhaltbare Zustände auf dem Werk herrschten und daß alle das Bestehen hätten, diese zu beseitigen. Damit nun, wo der Kampf einmal ausgebrochen sei, die Arbeiter nicht ganz ohne Erfolg zur Arbeit zurückkehren müßten, schlage er vor, die Forderungen auf das Mindeste zu beschränken, damit die Verwaltung nicht einwenden könne, die Forderungen seien unannehmbar. Dann würde es sich zeigen, ob die Verwaltung den Frieden oder Krieg haben wolle. Von der Forderung eines Minimallohnes solle man gänzlich Abstand nehmen, nicht weil sie nicht berechtigt wäre, sondern weil wir sie für eine Belegschaft nicht durchsetzen können, und was man von vornherein weiß, daß es nicht erreicht werden kann, soll man auch nicht verlangen. Dagegen soll man eine allgemeine Lohnerhöhung eingegangen und vor allem gefordert werden, daß Lieber- und Nebenschichten, die nicht vom Stof verfahren würden, besonders als Schichtlohn angeschrieben und nicht wie bisher auf das Gebühre verrechnet werden. Pulver und Sprengmaterialien sollen nur noch an die Drittelführer abgegeben und auf die Kameradschaft verrechnet werden. Dann soll mehr Holz zum Verbaue und bis an Ort und Stelle geliefert und schließlich wegen dieses Zustandes niemand geschimpft werden. Der Betriebsführer sagte, daß er bindende Angelegenheiten nicht machen könne, jedoch sei die Direktion bereit, mit einer Kommission zu verhandeln. Weiter klagte der Herr, daß es ihm bei der hiesigen Arbeiterschaft nicht möglich sei, einen geregelten Betrieb zu führen; Herr Weimpeters konnte das saarabische Menschenmaterial noch nicht, sonst würde es ihm sehr erklärlich sein, wie der Streik unvorhofft ausbrechen konnte und ebenso wieder aufhöre. Eine aus drei Kameraden bestehende Kommission wurde gewählt, die noch am selben Tage vorstellig wurde. Die Verhandlung der Kommission mit der Direktion hat zu folgender für die Arbeiter erfolgreichen Vereinbarung geführt: Die Direktion erklärt schriftlich, es sollen innerhalb der Wochen Wiegervorrichtungen eingeführt und von da ab das Gebühre nach Gewicht gezahlt werden. Eine Gebühre aufbesserung von 6 Pfg. pro Wagen vom 8. September ab. Das entspricht einer zehnprozentigen Lohnaufbesserung. Ueberschichten, die nicht vom Stof verfahren, werden nicht mehr auf das Gebühre angerechnet, sondern im Schichtlohn extra bezahlt. Die Verwaltung fordert, daß die Wagen geprüften voll geladen werden und soll hierzu die Forderung strenger Kontrollen werden, wie bisher. Die Wiegervorrichtungen bezüglich der Pulverausgabe und der Holzlieferung sollen geprüft und abgestellt werden. Die Lohnkommission soll fortbestehen und als

Arbeiterausschuß anerkannt werden. Maßregelungen oder Entlassungen wegen Beteiligung an dem Zustand finden nicht statt, wenn bis zum 11. die Arbeit vollständig wieder aufgenommen ist. Der bis zum 11. nicht angefahren ist, gilt als entlassen. Eine Belegschaftsversammlung am 8. September beschloß auf Anrufen des Kameraden V e i p e r s einstimmig, sich mit dem Erreichen zu begnügen und die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Weimpeters führte aus, daß man hier nicht von einem Sieg reden könnte, denn wir wollten uns nicht der Zerschmetterung preisgeben, wie die M. Glabbacher „Christen“, die eine komplette Niederlage in einem „glänzenden Sieg“ unglücklich. In diesem Falle waren die Forderungen so belächelt gestellt, daß sie wahrhaftig auch ohne Hingeworfen der Broden erfüllt worden wären. Die Direktion hat ja erfreulicherweise die Forderungen als berechtigt anerkannt und bewilligt, das ist ein schöner Erfolg, aber kein Sieg, weil nicht gekämpft worden ist. Es war aber in der Tat nicht mehr zu erreichen, denn zum Kampf bräufen wir es gar nicht kommen lassen. Die Mehrzahl ist unorganisiert, andere gehören der Fachabteilung, wieder andere dem „christlichen“ Gewerksverein und eine kleine Zahl dem Verbands an. Fachabteilung und Gewerksverein würden auch vollständig im Stich lassen, denn obgleich der „christliche“ Gewerksverein einen Leiterwagen voll Sekretäre und Generalsekretäre im Saarrevier herumlaufen hat, ist noch keiner nach hier gekommen und hat sich nach euch erkundigt; sie werden es auch nicht tun, schon aus Furcht vor der sozialistischen Grubenverwaltung. Nicht einmal in der „Saarpfist“, wo doch aller „christliche“ Unrat abgelagert wird, ist euer Streik auch nur mit einem Wort erwähnt. Die Verbandskameraden können den Kampf aber nicht allein führen, und ihr werdet nicht erwarten, daß wir aus der „unchristlichen“ Verbandsklasse „christliche“ Arbeiter unterstützen sollen. Das haben wir einmal getan, sind dafür dann „allerchristlicher“ verleumdet worden. Wollt ihr kämpfen, schafft euch erst eine Organisation. Wollt ihr durch Eingetragene eure Lage verbessern, dann werdet auch wirklich einig. Das seid ihr aber heute nicht, und in eurer Uneinigkeit ist nichts mehr zu erreichen, deshalb erkennt die Bedingungen an, fahrt wieder an und schafft euch die einheitliche Organisation.

Grube Neuling, Dettingen, Lothringen. Schon seit längerer Zeit klagten die hiesigen Kameraden darüber, daß sie mehr Minette (Erz) lieferten, als sie bezahlt bekamen. Für einen Waggon Minette der 10000 Rg. faßt, werden 13 bis 14 Maet bezahlt. Wollt bis neun Wuletts (Wagen) mühten gewöhnlich geliefert werden, um einen Waggon zu füllen. Immer wieder beschwerten sich die Kameraden, daß man sie mehr Wuletts auf einen Waggon liefern lasse, als dieser wirklich fassen und sie dadurch bedeutenden Lohnverlust erleiden müßten. Am 10. September waren nur die Kameraden dieses Systems leib und legte die ganze Belegschaft, 180 Mann, die Arbeit nieder. Der herbeigerufenen Belegschaftler Verg gab nun den Kameraden den Rat, verschiedenes Wagen in Gegenwart des Herrn Direktors abwiegen zu lassen, was auch geschah. Dabei stellte sich heraus, daß die Wuletts ein viel höheres Gewicht hatten, als ihnen bezahlt wurde. Es wog:

ein Wagen	1858 Rg.
ein „	1900 „
ein „	2040 „
ein „	2800 „

Weiter wurde konstatiert, daß sämtliche Wagen reparaturbedürftig sind. Rechnet man nun, daß 10.000 Rg. für einen Waggon bestimmt sind, die Leute aber auch noch neun Wuletts liefern müßten, so kann man sich denken, wie erbittert die Kameraden waren, als sie sahen, daß sie öfters zwei oder drei Wuletts umsonst geliefert hatten. In jedem Wagen waren den Leuten 8—800 Rg. verloren gegangen. Da nun eine Kameradschaft acht bis neun Wuletts täglich lieferte, so entstand für sie — zwei Mann — ein Lohnverlust von 3,50 bis 4,00 Mk. täglich, durch dieses kuriose, die sich recht drastisch über ihre Verwaltung aussprachen. Derselben Tags nachmittags fand nun eine Konferenz statt und wurde eine dort gewählte Kommission beauftragt, der Direktion folgende Forderungen vorzulegen:

1. Maßregelungen wegen Anteil am Streik dürfen nicht vorkommen.
2. Das gelieferte Erz muß nach vollem Gewicht bezahlt werden.
3. Die Belegschaft verlangt einen Wiegekontraktor von den Arbeitern gewählt und besetzt.
4. Holz und sonstiges Verbaumaterial muß vor Ort geschafft werden und für Verbaumaterialien eine angemessene Entschädigung bezahlt oder dieselben im Tagelohn ausgeführt werden.
5. Strecken und Förderwagen müssen in ordnungsgemäßen Zustand erhalten werden.
6. Das Gebühre ist unentgeltlich zu liefern, auch sind Gebühre zu anzuschaffen.

Die Kommission, aus drei Mann bestehend, sprach bei der Direktion vor, es kam zur Verhandlung und zeitigte folgendes Resultat: Die drei ersten Forderungen werden bewilligt. Die drei übrigen Forderungen sollen noch näher geprüft und soweit wie tunlich bewilligt werden. Kamerad Verg x unterbreitete dieses Resultat der Versammlung und ersuchte sie, vorläufig mit diesen Zugeständnissen zufrieden zu sein. Die Kameraden erklärten sich auch bereit, sich vorübergehend mit diesem Erfolge zufrieden zu geben. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Belegschaftskonferenz erklärt sich mit den Zugeständnissen der Direktion einverstanden, hält aber auch die zur Prüfung vorgelegten Forderungen aufrecht, um dieselben, sollte die Direktion dieselben nicht bewilligen, zur gegebenen Zeit zu fordern. Im übrigen verpflichten sich die Kameraden treu zu ihrer Organisation, dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands, zu stehen.“

Die Wahl eines Wiegekontraktors wurde auf einen anderen Tag verschoben. Man sah den Kameraden die Freude an den Geschehen an, daß sie diese wichtige Forderung durchgebracht hatten. Die Genarmen, welche schon requiriert waren, konnten wieder ihrer Heimat zu wandern, ohne Arbeit gefunden zu haben. Wüßten sich die Bergarbeiter der anderen Gruben dies ein Beispiel sein lassen und dafür sorgen, daß unser Verband stark und mächtig wird. Uns zum Zug, dem Wegner zum Trug. (Es steht das „Dachsteigen“ bei uns, aus lieber Bergknappe! D. V.)

Lechte Nachrichten.

Internationale Bergarbeiterkonferenz.

Gemäß einem Beschluß des letzten internationalen Bergarbeiterkongresses, das intern. Komitee solle häufiger zusammenkommen, um durch persönliche Aussprache ein besseres Zusammenwirken der Vertretungen zu ermöglichen, fand am 14. September in Brüssel eine Sitzung des intern. Bergarbeiterkomitees statt. Anwesend waren Delegierte aus Deutschland, Österreich, Belgien, England und Frankreich. Kamerad Edwards, englisches Parlamentsmitglied, führte den Vorsitz. In der Aussprache wurde erstmals die geeignetste Form der internationalen Ueberweisung auswandernder Organisationsmitglieder erörtert und sind fest Regeln vereinbart worden auf Grund des betr. Kongreßbeschlusses. Dann besprach man die geschäftliche Lage in den Bergwerksländern. Anlaß dazu gab ein Bericht des österreichischen Vertreters über Entziehung und Verlauf der Lohnbewegung im österreichischen Bergbau. Natürlich waren über die verderbliche Rolle der Anarcho-sozialisten im böhmischen Braunkohlenrevier auch Mitteilungen in die englische und französische Presse gelangt, was den Vertreter der österreichischen Gruppe auf Anfrage veranlaßte, den erwähnten Bericht zu erstatten. Daran anknüpfend, teilten die englischen Vertreter mit, in Süd-Wales sei eine fünfprozentige Erhöhung des Minimallohnes erfolgt. Der dortige Streik bezwecke die Beseitigung der Unorganisierten. Weiter berichteten die Engländer, vom 1. November ab würde der Kohlenexportzoll (1 Mk. pro ausgeführte Tonne) fortfallen, die organisierten Vergleute beanspruchten dann eine wenigstens teilweise Umrechnung des nicht mehr erhobenen Kohlenzolles auf die Löhne, also Lohnerhöhung. Ueber diese Sache würde wohl im Oktober die Entscheidung fallen. Seitens der belgischen Vertreter wurde berichtet, es seien die Kohlenpreise gestiegen, die Löhne zwar auch verschiedentlich, aber es wäre die Ansicht der

Stimmeraden agitiert für den Verband!

